

Personalmangel aktuell und in Zukunft

Heister-Neumann mit Schönfärberei gescheitert

GEW fordert zukunftsfähige Bildungspolitik

Die Personalplanung der Niedersächsischen Kultusministerin für das neue Schuljahr hat versagt. Vor den Zukunftsaufgaben verschließt Frau Heister-Neumann die Augen. Das wurde in den Schulen und in der Öffentlichkeit deutlich. Daran konnten auch ihre Vertuschungsversuche nichts ändern. Das Presseecho in allen Medien des Landes war eindeutig.

Die Regierung hatte die Parole ausgegeben: Nach den Sommerferien herrscht in der Bildungspolitik wieder Ruhe im Land. Sie irrte. Wenn die Bildungspolitik nicht endlich geändert wird, werden die Proteste für attraktive Arbeitsbedingungen, für eine zukunftsfähige Personalplanung und bessere Bedingungen für den Lehrernachwuchs sowie für gute Grundschulen, Gesamtschulen und gegen das G8 fortgesetzt. Den Pädagoginnen und Pädagogen, Eltern und Schülerinnen und Schülern geht es um eine reale Kurs-



Foto: Joachim Tiemer

Die GEW-Pressekonferenz zum Schuljahresbeginn hat Tradition. Mehrere Fernseh- und Rundfunksender sowie die wesentlichen Printmedien waren im Sitzungsraum der Geschäftsstelle vertreten. Die Darstellungen von Eberhard Brandt (hinten, Bildmitte) und Henner Sauerland (links daneben) fanden landesweit positiven Widerhall.



Das hier reproduzierte Plakat liegt dieser Zeitung bei. Wir bitten für den Aushang am Schwarzen Brett zu sorgen.

korrektur in der Bildungspolitik. Die GEW hat dazu Vorschläge gemacht und ist bereit, mit dem Kultusministerium aktiv zusammenzuarbeiten – wenn dort ein neuer Wind weht.

Die GEW begrüßt die 2.400 jungen Lehrerinnen und Lehrer und die neuen Kolleginnen und Kollegen des nicht lehrenden Schulpersonals, die im ersten Schulhalbjahr 2009 ihre Arbeit in den niedersächsischen Schulen aufnehmen. „Diese Einstellungen hätte es ohne die massive Forderung der GEW und die gemeinsamen Aktivitäten mit Eltern und Schülerinnen und Schülern in den letzten Schuljahren nicht gegeben. Zurzeit werden alle Pensionierten durch Junge ersetzt. Dazu kommen 500 zusätzliche Stellen“, betonte der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt in der Pressekonferenz am 3. August. Noch in der Mittelfristigen Finanzplanung vom Herbst 2007 habe die Landesregierung den Abbau von 2.000 Stellen in dieser Legislaturperiode vorgesehen und keine einzige zusätzliche Stelle, keine einzige Stelle für den Ausgleich des Lehrerarbeitskontos. Immerhin ging diese Kurskorrektur in die richtige Richtung, war aber unzureichend.

Eberhard Brandt erläuterte den Journalisten: „Die Regierung hat sich von dem Ziel verabschiedet, die 100 Prozent Unterrichtsversorgung zu erreichen. Alle Praktiker in den Schulen wissen, dass auch diese statistische Versorgung nicht ausreicht, um neben der Stundentafel Personal für Förder- und Vertretungskonzepte vorzuhalten, um Arbeitsgemeinschaften einzurichten und um die unerträglich hohen Klassenfrequenzen zu reduzieren.“ Um das zu ermöglichen, fordere die GEW 3.000 zusätzliche Stellen.

Unterrichtsausfall ist vorprogrammiert

An Förderschulen, Haupt- und Realschulen sowie Gesamtschulen gibt sich die Regierung mit 98 Prozent als „Zielwert“ zufrieden. An Gymnasien wurden die 99,5 Prozent nur erreicht, weil mehr GymnasiastInnen als je zuvor das G8 verließen, um die Oberstufe an Fachgymnasien oder Gesamtschulen zu besuchen.

Die Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen liegt bei skandalösen 80 Prozent. Wenn es gelingt, bei 98 Prozent die



Das Abitur muss nun auch an Gesamtschulen nach zwölf Schuljahren abgelegt werden. Der Landtag hat die heftig umstrittene Schulgesetznovelle beschlossen.

Foto: Sepp Spiegl / imago

Hauptschulen müssen berufsbildende Angebote machen

Landtag beschließt Turbo-Abitur an IGS

Ungeachtet aller Proteste hat der Niedersächsische Landtag in namentlicher Abstimmung mit der Mehrheit der Stimmen aus den Regierungsfractionen von CDU und FDP am 16. Juni 2009 das Schulgesetz geändert. Die neuen Bestimmungen betreffen die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur an IGS, die stärkere Berufsorientierung an Hauptschulen und an Realschulen sowie das endgültige Aus für die Vollen Halbtagschulen. Sie treten zum 1. August 2010 in Kraft.

Die große Zahl heftiger und phantasievoller Proteste hat es nicht verhindern können, dass nun auch an den Integrierten Gesamtschulen und an den nach Schuljahrgängen gegliederten Kooperativen Gesamtschulen die Schulzeit bis zum Abitur um ein Jahr verkürzt wird. Begründet wurde das Turbo-Abitur mit dem Hinweis auf den „Gleichheitsgrundsatz“, wonach „alle allgemein bildenden Schulen, die die gleichen Abschlüsse vermitteln, dies in der gleichen Zeit tun müssen“.

Tatsächlich dürfte hinter dem Vorgehen des Regierungslagers die Absicht stehen, angesichts der unter den Betroffenen als missglückt angesehenen Einführung des „G 8“ den Gesamtschulen ein vermeintliches Privileg zu nehmen und die überall im Lande zu beobachtende steigende Nachfrage nach Gesamtschulplätzen zu bremsen.

Ob trotz der Verkürzung der Schulzeit – wie das Kultusministerium behauptet – die „wesentlichen Gestaltungsprinzipien für den Sekundarbereich I beibehalten“ werden, wird sich zeigen, wenn die Entwürfe der zu überar-

beitenden Verordnungen und Erlasse vorliegen, die für die Arbeit in der IGS maßgeblich sind. Schon jetzt steht fest, dass die Klassen spätestens am Ende des 9. Schuljahrgangs neu zusammengesetzt werden müssen, weil der 10. Schuljahrgang für einen Teil der Schülerschaft bereits die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe ist. Außerdem hat Kultusministerium bereits angekündigt, die Fachleistungsdifferenzierung in bestimmten Fächern zu verschärfen und auf drei Anforderungsebenen festzulegen. Die Umstellung auf den achtjährigen Durchgang bis zum Abitur soll mit den Schülerinnen und Schülern beginnen, die sich im Schuljahr 2010/11 im 5. Schuljahrgang befinden.

Berufsbildung an der Hauptschule

Über die bisherige Aufgabe der Berufsorientierung hinaus geht die Verpflichtung der Hauptschulen, den Schülerinnen und Schülern eine „individuelle Schwerpunktbildung im Bereich der beruflichen Bildung“ zu ermöglichen und „berufsbildende Angebote zum Bestandteil des Unterrichts“ zu machen. Dazu wird ihnen aufgegeben, eng mit den berufsbildenden Schulen zusammenzuarbeiten. Mit dieser Erweiterung des Bildungsauftrages sollen die Ergebnisse von Modellversuchen (z.B. „Neustädter Modell“) für alle Hauptschulen nutzbar gemacht werden.

Bei den Gesetzesberatungen ist aber deutlich gemacht worden, dass an eine „Eins-zu-Eins“-Übertragung der Modellversuche auf alle Hauptschulen im Lande nicht gedacht ist. Die Umsetzung der neuen Gesetzesbestim-

mungen soll im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten der einzelnen Hauptschule und ihres Trägers erfolgen. Immerhin sollen im Wege der „engen“ Zusammenarbeit mit einer berufsbildenden Schule erhebliche Teile der Studentafel der Hauptschule von Berufsschullehrkräften abgedeckt werden können. Ob die zulasten des allgemein bildenden Unterrichts gehende Verpflichtung zu nicht nur berufsorientierenden, sondern zu berufsbildenden Unterrichtsangeboten zu einer „Stärkung“ der Hauptschule und zu einer Steigerung ihrer Attraktivität in den Augen der Erziehungsberechtigten führt, wird sich noch erweisen müssen. Zu Beginn des Schuljahres 2008/09 wurden nur noch 13,2 Prozent des Schülerjahrgangs an einer Hauptschule angemeldet.

Auch die Realschule ist von der Änderung des Schulgesetzes betroffen. Ihr Bildungsauftrag ist um die „Berufsorientierung“ erweitert worden. Darüber hinaus soll den Schülerinnen und Schülern eine individuelle Schwerpunktbildung in den Bereichen Fremdsprachen, Wirtschaft, Technik sowie Gesundheit und Soziales ermöglicht werden. Diese Profilbildung soll im Wahlpflichtbereich des 9. und 10. Schuljahrgangs mit dem Ziel erfolgen, die Schülerinnen und Schüler besser auf den Eintritt in eine duale Ausbildung oder den Übergang in eine Berufsfachschule, eine Fachoberschule oder ein Fachgymnasium vorzubereiten. Unabhängig von den organisatorischen, personellen und sächlichen Gegebenheiten haben auch kleinere Realschulen mindestens zwei der vier Profile anzubieten.

Ende der Vollen Halbtagschulen

„Ausgehend vom Gleichheitsgrundsatz und der Verteilungsgerechtigkeit von vorhandenen Ressourcen sollen alle Grundschulen bei der Zuweisung von personellen Ressourcen gleich behandelt werden“. So wird das Ende der knapp 130 Vollen Halbtagschulen begründet, die nur noch im Schuljahr 2009/10 fortbestehen dürfen. Mit Beginn des darauf folgenden Schuljahres sollen sie als Verlässliche Grundschulen geführt werden. Der Fortbestand der Vollen Halbtagschulen war ein Wahlversprechen der CDU vor der Landtagswahl 2003. Dieses Versprechen war zunächst durch Aufnahme einer Übergangsvorschrift bei der Novellierung des Schulgesetzes im Jahre 2003 umgesetzt worden. Über eine Aufhebung sollte nur der Schulträger entscheiden können.

Gleichsam im „Huckepack“ ist mit dem Schulgesetz auch das Niedersächsische Besoldungsgesetz geändert worden. In dieses Gesetz ist eine Vorschrift aufgenommen worden, die im Zusammenhang mit dem Sparpaket der Landesregierung zur Sicherung der Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2009/10 gesehen werden muss. Referendarinnen und Referendare sowie Anwärtinnen und Anwärter, die nach ihrer Prüfung, aber vor Beendigung ihres Vorbereitungsdienstes selbständigen Unterricht erteilen, sollen als „Unterrichtsvergütung den Unterschiedsbetrag zwischen dem jeweiligen Anwärtergrundbetrag und dem Grundgehalt des Einstiegsamtes“ erhalten. Diese Regelung tritt am 01.08.2009 in Kraft und gilt bis zum 31.07.2012. D.G.

Das Schulgesetz – eine unendliche Geschichte

Denkmal als Zerstörer der Gesamtschule gesetzt

VON HERBERT KASTNER

Das mit den Mitteln der Vernunft nicht fassbare neue Schulgesetz hat diese Landesregierung trotz aller Bedenken und Widerstände von Wissenschaftlern und Schulträgern, Verbänden und Kirchen, Eltern, Lehrern und Schülern im Eiltempo durchgepeitscht. Und bei aller Kritik an den Zielen und Methoden ihrer Bildungspolitik, eines muss man dieser CDU/FDP-Regierung zugestehen: sie handelt nach einem immer schärfer erkennbaren Konzept, das darauf abzielt, das gegliederte Schulsystem auf jeden Fall zu erhalten und zu fördern und die Gesamtschule zu behindern und möglichst zu verhindern.

Dabei hofft die Landesregierung, dass die Ferienzeit dazu beitragen könnte, die Unredlichkeit ihrer Maßnahmen bald zu vergessen. Hier aber dürfte die erste Selbsttäuschung liegen; denn es ist nicht vergessen worden, wie Ministerpräsident Wulff und seine Kultusministerin die Bevölkerung vor der Wahl getäuscht haben, und es wird auch nicht vergessen werden, mit welchen Mitteln die Weiterentwicklung der Gesamtschulen seitdem behindert wird. Das Wort des Ministerpräsidenten, das gesetzliche (!) Verbot abzuschaffen, neue Gesamtschulen einzurichten, ist bald nach der Wahl als wahltaktisches Manöver entlarvt worden.

Wulff hat Wahlversprechen gebrochen

Die Einrichtung neuer Gesamtschulen wurde durch immer wieder neue Hürden erschwert mit der erkennbaren Absicht, sie besonders in ländlichen Gegenden zu verhindern. Trotz erheblichen Widerspruchs auch aus eigenen Reihen wurden die Mindestzügigkeit und deren langfristige Sicherung so hoch und unsinnig angesetzt, dass die „Erfinder“ dieser Einschränkungen annehmen konnten, damit Erfolg zu haben. Als das nicht half und die Initiativen von Eltern und Schulträgern immer zahlreicher und der Druck immer stärker wurden, hofften die Verantwortlichen Wulff und Heister-Neumann, durch die Einschränkung von Ganztageeinrichtungen „Druck aus dem Kessel“ zu nehmen.

Und als auch dieses Mittel nicht zum Ziel führte, der Elternwille und die Schulträger nach wie vor und verstärkt auf neue Gesamtschulen drängten, „erfanden“ die Regierenden in ihrer unbeschränkten Machtfülle und mit Unterstützung durch eine allzu bereite Lobby die Notwendigkeit der Vergleichbarkeit von Gesamtschulen und Gymnasien und dafür die Verkürzung der Schulzeit auch an Gesamtschulen bis zum Abitur auf zwölf Schuljahre, das so genannte „Turbo-Abitur“.

Dass dieser Vergleich aus den Reihen der Gymnasien begrüßt wurde, zeigt deren Angst um genügend Schüler, dass Ministerpräsident und Kultusministerium ihn zur Begründung

heranziehen, deren Unkenntnis, was schon schlimm genug wäre, oder deren letzten und festen Willen, die Gesamtschule zu zerschlagen. Dass darüber hinaus in die pädagogische und organisatorische Gestaltung der einzelnen Schule eingegriffen wird, macht alles Gerede von der „eigenverantwortlichen Schule“ zu Makulatur.

Immer neue Hürden aufgebaut

Wer glaubt jetzt noch an ein Wort dieser Landesregierung, wer kann zu ihr noch Vertrauen haben, wer ist noch bereit zur demokratisch erforderlichen Mitarbeit für eine Landesregierung, die nicht mehr glaubwürdig ist und das Vertrauen verspielt hat?

Auch der letzte Streich, Hauptschulen und Realschulen zusammenzuführen, beweist die chaotische Führung des Kultusministeriums. Nach jahrelangen Beteuerungen, das dreigliedrige Schulsystem zu erhalten, glaubt man jetzt, durch eine solche Maßnahme, also ein hierarchisch aufgebautes „Zwei-Säulen-Modell“, besonders die Hauptschule zu retten.

Mit dem „10+3-Modell“, das heißt der Ermöglichung des Abiturs auch nach der 10. Klasse an Hauptschule und Realschule, hofft man, Eltern und Schüler auf diesen Schulen zu halten. Wie das geschehen soll, bleibt ein Geheimnis, dessen Lösung wahrscheinlich nicht einmal den Initiatoren dieser Erfindung bekannt ist. Wer diesen Versuch in Schleswig-Holstein beobachtet, wird schnell feststellen, dass er gescheitert ist. Eltern wählen eine solche Schule ab zugunsten einer vollkommenen Schule, die ohne Umwege zum Abitur führt, eben einer Gesamtschule.

Dass die Niedersächsische Landesregierung aus eigenen oder außerhalb des „Tellerlands“ gemachten Fehlern lernt, ist in den letzten Jahren nicht erkennbar gewesen. Und dass sie aus ihren eigenen Maßnahmen oder Vorstellungen die erforderlichen Konsequenzen zieht, wie zum Beispiel eine gemeinsame Lehrerbildung und -ausbildung für Haupt- und Realschullehrer angesichts der geplanten Zusammenführung von Haupt- und Realschulen, ist nicht zu erwarten. Daran dürfte auch das „Bauernopfer“, die Neubesetzung des Postens des Staatssekretärs im Kultusministerium, nichts ändern. Wer Bildung und Schule nach wie vor an den Vorstellungen vergange-



ner Jahrhunderte und an der Idee vom „Ständestaat“ orientiert und nach dem ökonomischen Nutzeffekt ausgerichtet, der kann oder will einfach nicht begreifen, dass der Bildungsauftrag des Schulgesetzes mehr und eine andere, gerechtere und einfach bessere Schule verlangt. Es bleibt trotz gegenteiliger Erfahrungen immer noch zu hoffen, dass das Kultusministerium lernfähig wird.

Wer glaubt noch der Landesregierung?

Mit dem Versuch, die Gesamtschule, eine vielfach preisgekrönte und jahrzehntelang bewährte Schule zu zerschlagen, haben sich Ministerpräsident Wulff und Kultusministerin Heister-Neumann ein Denkmal gesetzt. Sie haben in der Geschichte der Pädagogik als „Zerstörer der Gesamtschule“ einen Platz erworben. Denkmäler verlieren früher oder später ihre Wirkung, und die Geschichte der Pädagogik geht weiter. Die Entwicklung der Schule ist niemals abgeschlossen. Die Idee der Gesamtschule bleibt bestehen, ihre Struktur wird immer der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler dienen, sie wird auch weiterhin jeden einzelnen zum bestmöglichen Schulabschluss führen und kein Kind und keinen Jugendlichen vorzeitig aufgeben. Alle Maßnahmen dieser Landesregierung, die Gesamtschule trotz der beschönigenden Worte zerstören zu wollen, werden sich als verhängnisvoller Fehler erweisen, der bedauerlicherweise auch unser Verständnis von Demokratie beschädigt hat.



Foto: Rainer Unkel / imago

Einige Bildungsstrategen planen personelle Raubzüge in Nachbarländern. Sie schlagen vor billige Lehrkräfte in Mittel- und Osteuropa anzuwerben.

Die neue Bildungskatastrophe

Lehrer aus Osteuropa sollen billig die Lücken an den Schulen schließen – Das ist eine Bankrotterklärung

VON HERFRIED MÜNKLER

Die Warnung der Verbände war dramatisch: In wenigen Jahren würden in Deutschland zwischen 30.000 und 40.000 Lehrer fehlen, vor allem in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern. Die erste Reaktion aus den Kultusministerien lautete, es gebe keine verlässlichen Zahlen, die von GEW und Philologenverband genannten seien weit übertrieben, überhaupt werde es so schlimm nicht kommen.

Was an dieser ersten Reaktion am meisten irritierte, war die Behauptung, man habe keine verlässlichen Zahlen über einen zukünftigen Lehrermangel. Schließlich gibt es von jedem Lehrer eine Personalakte, auf der das Geburtsdatum eingetragen ist. Wenn man nicht in der Lage ist, diese Daten zu erfassen und in Relation zur prognostizierten Entwicklung der Schülerzahlen den Bedarf zu berechnen, um diesen dann mit der Zahl der fürs Lehramt Studierenden zu vergleichen, muss man fragen, wozu die Bildungsadministration überhaupt fähig ist.

Ein kapitaler Bock, den die Verantwortlichen in den Ministerien und bei der Kultusministerkonferenz mit dieser Erklärung geschossen haben. Doch der Vorschlag des Philologenverbandes, im Falle von Engpässen könne man ja in Mittel- und Osteuropa Lehrpersonal anwerben, ist dem mindestens ebenbürtig. Offenbar wissen weder die Ver-

antwortlichen noch die Praktiker, wie sie die in den nächsten zehn Jahren entstehenden Lücken mit ausgebildetem Personal schließen sollen.

Der Vorschlag, hier Hilfswillige zu rekrutieren und ansonsten auf Arbeitsmärkten zu fischen, wo man aufgrund des bestehenden Einkommensgefälles fündig werden würde, ist eine bildungspolitische Bankrotterklärung. Dies auch deshalb, weil er sich nicht dafür interessiert, welche Folgen seine Umsetzung in den betreffenden Ländern, die zum Teil gerade erst der EU beigetreten sind, hinterlassen würde.

Man hätte eben zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: die Lehrerlücke geschlossen und die Ausbildungskosten externalisiert. Der globalisierte Arbeitsmarkt wäre dann auch im deutschen Schulwesen angekommen. Schwer zu sagen, was schlimmer ist: die dreiste Irreführung der Öffentlichkeit bei der ersten Antwort oder die mit naivem Augenaufschlag vorgetragene Verwüstungsstrategie im Fall der scheinbaren Lösung.

Ganz offensichtlich ist die Botschaft, die von einigen Politikern seit Jahren verbreitet wird, in den Verwaltungen nicht angekommen: Deutschland müsse, da es ein rohstoffarmes Land sei, verstärkt in die Bildung seiner Bürger investieren. Was dann aber auch heißt, dass die Absender dieser Botschaften bloß Sender sind, die sich um die operative

Umsetzung dessen, was sie für wichtig halten, nicht scheren. Hauptsache, sie haben es mit ihrer Botschaft in die Medien geschafft, der Rest ist ihnen egal.

Das ist die eigentliche politische Katastrophe. Dass Ministeriumssprecher lügen, dass einige Bildungsstrategen Raubzüge in Nachbarländern planen, ist schlimm, aber korrigierbar. Dass aber die Verantwortlichen sich ihrer Verantwortung nicht bewusst sind oder diese nonchalant ignorieren, ist verheerend. Die Politik, sagt man, handele erst, wenn die verzweifelt an den Brunnenrand geklammernten Finger des Kindes abzurutschen begännen. Gelegentlich macht sie dazu auch bloß frivole Bemerkungen.

Herfried Münkler ist Politikprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin

**60 Jahre
in der GEW**

Zum 60-jährigen GEW-Jubiläum gratulieren wir im August dem Kollegen Günter Kreie (Salzgitler) und danken für seine langjährige Mitgliedschaft.

Unser Dank gilt außerdem allen Kolleginnen und Kollegen, deren Mitgliedschaft sich in diesem Monat zu einem weiteren Jahr rundet.

Gespräche erfolgreich

Freistellung für Eberhard Brandt weiter gesichert

Ministerin soll Antworten und Akteneinsicht nicht länger verweigern



Foto: dpa

Eberhard Brandt, der GEW-Landesvorsitzende, kann sich auch künftig für seine Kolleginnen und Kollegen und das Bildungswesen einsetzen. Für die notwendige Freistellung wurden Regelungen vereinbart.

Der niedersächsische GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt kann sich auch in den kommenden Schuljahren weiterhin voll für seine Kolleginnen und Kollegen und das Bildungswesen einsetzen – als Gewerkschaftsvorsitzender und als Mitglied des Schulhauptpersonalrats. Dies ist das Ergebnis der Gespräche des DGB-Landesvorsitzenden Hartmut Tölle mit Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann und der Absprachen des Rechtsvertreters der GEW Rechtsanwalt Karl Otte.

Die volle Freistellung wurde auf folgende Weise neu geregelt: Eberhard Brandt ist für

seine Arbeit als Mitglied im Schulhauptpersonalrat nach den Regelungen des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes mit 15,5 Unterrichtsstunden freigestellt. Die übrigen Stunden bezahlt die GEW als Nebentätigkeit. Es gibt keinerlei nicht ausgeglichene Unterrichtsverpflichtung. Für das Schuljahr 2008/09 war im Mai 2009 ein Teilzeitantrag bewilligt worden, der die gleiche Wirkung hatte. Die Rechtsform der Freistellung wurde allerdings geändert: Bislang gab es die beamtenrechtliche „Zuweisung“, jetzt die mit dem Ministerium abgesprochene Teilzeit.

Heister-Neumanns „Affentheater“

Im März hatte die Kultusministerin zunächst einen Antrag der GEW auf Erhöhung der Freistellung durch Zuweisung abgewiesen – nach monatelanger Bearbeitung und ohne jegliches Gespräch. Dadurch wurden „Minusstunden“ produziert, die Eberhard Brandt vorgehalten wurden. Zugleich war ihm aber auch angeboten worden, einen Teilzeitantrag zu stellen. Dieser wurde umgehend gestellt und genehmigt und zwar in dem Umfang, der alle Minusstunden ausglich.

Die derzeit amtierende Kultusministerin hatte im März 2009 mit der in allen Bundesländern und unter allen ihren niedersächsi-

schen Amtsvorgängern üblichen Freistellungspraxis gebrochen. Die Ministerin verleugnete nicht nur die bisherige Übung, sondern auch den tatsächlichen Umfang der Freistellung des niedersächsischen GEW-Vorsitzenden. Sie behauptete sogar, es sei für die Sicherung der Unterrichtsversorgung im Lande erheblich, dass er mindestens drei Wochenstunden unterrichtete. Das bedeutete im Kern: Die Regierung entscheidet, ob und in welchem Umfang leitende Gewerkschaftsfunktionäre ihre Arbeitszeit in den Dienst ihrer Kolleginnen und Kollegen stellen können.

Mit diesem Vorgehen hatte Frau Heister-Neumann den geltenden Konsens zerstört, dass die Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst wichtige Aufgaben zu erfüllen haben, die ihnen durch die Verfassungs- und Rechtsordnung der Bundesrepublik zugewiesen sind. In Niedersachsen sind diese Aufgaben im Personalvertretungsgesetz, im Beamtengesetz und in Vereinbarungen der Landesregierung mit dem DGB und DBB festgelegt. Zu diesem Konsens gehört auch, dass ihre leitenden Funktionäre zur Erfüllung ihrer Tätigkeit die Arbeitsmöglichkeiten bekommen, die die Gewerkschaften für notwendig halten. Zugleich hatte Frau Heister-Neumann eine politische Auseinandersetzung der besonderen Art losgetreten – „misslungene Befreiungsschläge“ – so der Duktus von Journalisten der Hannoverschen Allgemeinen.

Misslungene Befreiungsschläge

Als im Frühjahr 2009 die Proteste gegen die Bildungspolitik der Regierung nicht aufhörten, als sich ein Bündnis von Eltern- und Schülervertretungen, unterschiedlicher Bildungsverbände und der Oppositionsfraktionen bildete und als die Regierung in der Öffentlichkeit die Deutungsmacht über die Bildungspolitik zu verlieren drohte, war die Kultusministerin offensichtlich überrascht. Statt ihre bildungspolitische Linie zu revidieren, griff sie zu merkwürdigen Methoden. Sie griff prominente Kritiker an, um die Kritik zu diskreditieren und die Proteste loszuwerden. Betroffen waren: die Vorsitzende des Schulleitungsverbandes Helga Akkermann, der Landeselternrat und der Landesschülerrat sowie der Landesvorsitzende der GEW.

Dabei war anscheinend jedes Mittel recht und so ließ die Ministerin es geschehen, dass im März 2009 Auszüge aus der Personalakte von Eberhard Brandt in manipulativer Absicht verschiedenen Presseorganen „angeboten“ wurden, die ihn als „Schulschwänzer“ diffamieren sollten. Außerdem wurde gestreut, es gäbe ein Disziplinarverfahren. Diese Aktion hielten alle niedersächsischen Zeitungen – auch die Bild-Zeitung – für zu unseriös, um sie zu veröffentlichen. Der Focus übernahm drei Wochen später schließlich die Drecksarbeit, die ihm zugepielten Falschbehauptungen in die Welt zu setzen. Noch am Tage der Focus-Veröffentlichung gab es keine Disziplinarverfahren gegen den Landesvorsitzenden und seine Schulleiterin. Diese Verfahren wurden erst nach der öffentlichen Ankündigung in Gang gesetzt. An der Aufklärung dieses in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen rechtswidrigen Vorgangs arbeiten nunmehr die Oppositionsfraktionen des Landtages,

50 Jahre in der GEW

Zum 50-jährigen GEW-Jubiläum gratulieren wir im August dem Kollegen Udo Quak (Syke) und danken für seine langjährige Mitgliedschaft.

Unser Dank gilt außerdem allen Kolleginnen und Kollegen, deren Mitgliedschaft sich in diesem Monat zu einem weiteren Jahr rundet.

die Presse und – auf Antrag des GEW-Landesvorsitzenden – die Staatsanwaltschaft.

Das Manöver ging daneben. Die Ministerin verlor die mediale Auseinandersetzung. Die Vorwürfe gegen den Vorsitzenden lösten sich in Luft auf. In einer langen und intensiven Landtagsdebatte gelangen der Ministerin keine überzeugenden Antworten auf die Fragen der Opposition. Sie verwickelte sich in Widersprüche, die die Presse penibel sezierte. Mit gewundenen Formulierungen wich sie der präzisen Frage aus, ob sie persönlich an die Landesschulbehörde die Anweisung gegeben habe, ein Disziplinarverfahren gegen Eberhard Brandt einzuleiten und zwar gegen das ausdrückliche Votum der Landesschulbehörde. Die Rolle des MK-Pressesprechers Andreas Krischat im „Befreiungsschlag“ ist dubios und noch nicht geklärt. Offiziell erklärte er, zu Personalangelegenheiten zu schweigen. Ihm wurde aber vorgeworfen, in Hintergrundgesprächen versucht zu haben, mit Verleumdungen die Stimmung anzuheizen. Er wird der Weitergabe der Personalakten an die Medien verdächtigt.

„Sieg auf der ganzen Linie für Eberhard Brandt“

Das Urteil der Medien: Der Schuss ging nach hinten los. Der Versuch der Diffamierung der GEW-Vorsitzenden und zur Isolierung der GEW misslang. Innerhalb der GEW und des DGB gab es eine bundesweite Solidarisierung. So verabschiedete der GEW-Gewerkschaftstag in Nürnberg eine Solidariätserklärung. Auch das Bündnis der Kritiker der Landesregierung rückte enger zusammen. Die Anzahl und Größe der Demonstrationen steigerte sich seitdem. Die Glaubwürdigkeit der Regierung sank auf einen Tiefststand. Aus dem „Fall Brandt“ wurde der „Fall Heister-Neumann“.

Die „Wolfsburger Allgemeine“ fasst ihre Einschätzung zum Ausgang der Affäre am 31.07.2009 mit den Worten zusammen: „Sieg auf der ganzen Linie für Eberhard Brandt. Der aus Wolfsburg stammende Landes-Chef der Lehrgewerkschaft GEW ist nach den Vorwürfen der ‚Schulschwänzer‘ rehabilitiert.“

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag begrüßt nachdrücklich, dass die Landesregierung alle Vorwürfe gegen den Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Eberhard Brandt, fallen gelassen hat. „Ich freue mich für Herrn Brandt und begrüße es, dass er vollständig rehabilitiert ist“, sagte die schulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Frauke Heiligenstadt.

Hoffnung auf geordneten Umgang von MK und GEW

„Die Entscheidung zum üblichen Umgang mit der Freistellung zurückzukehren, kann dazu beitragen, dass es wieder zu einem geordneten Verhältnis zwischen GEW und Kultusministerium kommen kann.“ erklärte Eberhard Brandt in der jüngsten GEW-Presseerklärung. Das sei notwendig, weil viele schwerwiegende Probleme bearbeitet werden müssten, um das Bildungswesen in Niedersachsen zukunftsfähig zu gestalten.



Notwendig sei aber auch, dass die Ministerin endlich den folgenden Fragen nicht mehr ausweiche und alles unternehme, dass die Vorgänge und die Verantwortlichkeiten für den „Befreiungsschlag“ öffentlich aufgeklärt werden können.

- Warum wurde monatelang ein Antrag der GEW nicht beschieden und eine langjährige Praxis ohne jegliche Rücksprache verlassen?
- Warum ließ es die Ministerin zu, dass der GEW-Vorsitzende öffentlich als „Schulschwänzer“ diffamiert wurde und dass Auszüge seiner Personalakte verschiedenen Presseorganen „angeboten“ wurden?
- Wer war Urheber der Inszenierung, das Disziplinarverfahren nach der Focus-Veröffentlichung einzuleiten?
- Wer traf die Entscheidung, das Verfahren einzuleiten?
- Stimmt die Behauptung, die Ministerin habe die Landesschulbehörde angewiesen und zwar gegen deren ausdrückliches Votum?

Öffentliche Aufklärung ohne „Wenn und Aber“!

Das parlamentarische Verfahren im Fall Heister-Neumann geht weiter. Der Kultusausschuss des Landtages befasst sich intensiv mit Vorwürfen gegen die Ministerin und ihren Pressesprecher. Die SPD-Landtagsabgeordnete Frauke Heiligenstadt stellte in ihrer Pressemitteilung am 30.07.2009 fest: „Die von der GEW in ihrer Pressemitteilung aufgeworfenen Fragen sind mehr als berechtigt. Einige dieser Fragen könnten bereits jetzt nach Einsichtnahme in die Akten, die den Mitgliedern des Kultusausschusses des Landtages vorliegen, beantwortet werden.“ „Leider hat die Landesregierung – offenbar aus Angst vor der Öffentlichkeit – die Akten gemäß Artikel 24, Absatz 3 der Landesverfassung als vertraulich deklariert. Damit wird der Opposition die Möglichkeit genommen, die Regierung wirkungsvoll

zu kontrollieren.“ kritisiert die SPD-Bildungspolitikerin.

In Übereinstimmung mit den Fraktionen der Grünen und der Linken fordert die SPD-Fraktion die Landesregierung auf, die zur Verfügung gestellten Akten zu vervollständigen und offenbar fehlende Papiere nachzureichen. „Zudem muss die Vertraulichkeit der Unterlagen aufgehoben werden, und die Kultusministerin muss sich in aller Form bei Herrn Brandt entschuldigen“, sagte Heiligenstadt. Nur so könne die Landesregierung den Verdacht entkräften, sie verheimliche etwas. euw

40 Jahre in der GEW

Zum 40-jährigen GEW-Jubiläum gratulieren wir im August folgenden Kolleginnen und Kollegen und danken für ihre langjährige Mitgliedschaft:

Henning Babucke (Melle); Karl-August Conrad (Lahstedt); Gustav Denzer (Hessisch Oldendorf); Sigrid Fischer-Trageser (Moringen); Jörg Friedhoff (Stade); Bernhard Hauke (Bremen); Hans-Peter Kolata (Gifhorn); Wolfram Krause (Wedemark); Almut Lüpkes (Bremen); Werner Muhs (Uelzen); Dagmar Pohl (Schneverdingen); Wilfried Rosendorf (Hambühren); Elisabeth Scholl-Jahre (Northeim); Karl-Ernst Sittel (Hannover); Jürgen Thermann (Nordhorn); Jürgen Weitemeier (Braunschweig).

Unser Dank gilt außerdem allen Kolleginnen und Kollegen, deren Mitgliedschaft sich in diesem Monat zu einem weiteren Jahr rundet.

MK legt Erlassentwurf „Führung von Girokonten durch die Schulen“ vor

Verwaltungsarbeit wird auf die Schulen abgewälzt



Foto: Bert Butzke

Zahlungen für durchlaufende Mittel und aus dem Budget der Schulen können künftig über ein schuleigenes Girokonto abgewickelt werden. Die GEW kritisiert den bürokratischen Mehraufwand für die Schulen.

Das Kultusministerium hat einen Erlassentwurf zur Führung von Girokonten durch die Schulen vorgelegt. In Zukunft sollen nicht nur Zahlungen im Zusammenhang mit der Lernmittelausleihe, sondern auch Zahlungen für durchlaufende Mittel und aus dem Budget der Schulen, die dem Landesbereich zuzuordnen sind, über ein schuleigenes Girokonto abgewickelt werden. Die GEW befürchtet, dass die Umsetzung der Erlassvorgaben mit einem erheblichen Mehraufwand für die Schulen verbunden sein wird.

Verfassungsgrundsätze zur Haushaltsführung müssen beachtet werden

Bisher verwalten Schulen Girokonten für die Abwicklung von Zahlungen im Zusammenhang mit der Lernmittelausleihe. Die Aufnahme der Zahlungen für durchlaufende Mittel (z. B. EU-Zahlungen, die die Schulen direkt erhalten) wurde in den neuen Erlass aufgrund eines Beschlusses des Niedersächsischen Landtages aufgenommen. Der Landesrechnungshof hatte festgestellt, dass der Zahlungsverkehr zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben im Schulwesen auch über private Konten von Lehrkräften oder z. B. Schulvereine abgewickelt wurde. Dies widerspreche dem Verfassungsgrundsatz der Vollständigkeit des Haushalts und den haushalts- und kassenrechtlichen Vorgaben. Die Landesregierung wurde durch den Landtag aufgefordert, die zur Führung schuleigener Girokonten erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen und gleichzeitig sicherzustellen, „dass für die schulischen Angelegenheiten betreffenden Zahlungsverkehr keine privaten Konten mehr zum Einsatz kommen.“ (Beschluss des Landtages vom 15.11.2007)

derlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen und gleichzeitig sicherzustellen, „dass für die schulischen Angelegenheiten betreffenden Zahlungsverkehr keine privaten Konten mehr zum Einsatz kommen.“ (Beschluss des Landtages vom 15.11.2007)

Die Regelungen im Überblick

Es geht um Lernmittelausleihe, durchlaufende Mittel, soweit hier nicht über die Konten des Schulträgers abgerechnet wird, und Zahlungen aus dem Budget der Schule gemäß § 32 Abs. 4 NSchG.

Die gesetzliche Grundlage wurde mit dem „Gesetz zur Einführung der Eigenverantwortlichen Schule“ vom 17.07.2006 gelegt und lautet: „Die Schule bewirtschaftet ein Budget

aus Landesmitteln ... Sie kann nach näherer Bestimmung des Kultusministeriums (...) Girokonten führen.“ Das Budget umfasst z. B. Mittel für die Reisekosten anlässlich von Schulfahrten, für schulinterne Lehrerfortbildung, für den Ganztagsbetrieb, für die Einstellung von Vertretungs- und Betreuungskräften an Grundschulen.

Nach Angaben des MK werden durch den Erlassentwurf nur vorhandene Zahlungen der Schulen erfasst und keine zusätzlichen Zahlungsaufgaben übertragen, die nicht schon bisher den Lehrkräften und den Schulen obliegen. Die kassenmäßige Abwicklung des Budgets wurde bisher durch die Landes-schulbehörde (LSchB) und das Niedersächsische Landesamt für Bezüge und Versorgung durchgeführt. Die Schulen mussten aber ihre Rechnungen der Landesschulbehörde zur Abwicklung übersenden und die Ausführung der Zahlung in ihren Unterlagen erfassen. Diese Aufgaben sollen in Zukunft durch eine direkte Zahlung über das Girokonto ersetzt werden und – so das MK – den Schulen Arbeit ersparen.

Die Mittel für die Zahlungen zulasten des Budgets erhalten die Schulen auf Anforderung von der LSchB überwiesen. Die Behörde soll den bedarfsgerecht angeforderten Betrag jeweils für drei Monate überweisen. Dadurch reduzierten sich im Vergleich zu früher die Zahl der Anforderungen.

Der Erlassentwurf verlangt ein einheitliches Verfahren für den gesamten Zahlungsverkehr der Schulen, soweit es den Landesbereich

25 Jahre in der GEW

Zum „Silbernen“ GEW-Jubiläum gratulieren wir im August folgenden Kolleginnen und Kollegen und danken für ihre langjährige Mitgliedschaft:

Gunter F. Dahms (Zetel); Claudia Falke-Herlyn (Aurich); Claudia Fuhrmann (Braunschweig); Joachim Grünefeld (Merzen); Silke Lühmann (Oldenburg); Kristian Pradel (Dorum); Adelheid Reemts (Norden); Uta Schroeder (Leer).

betrifft. Für die Buchführung wird den Schulen ein Muster zur Verfügung gestellt.

Die Schulen können neben dem o. g. Konto ein Konto führen, auf dem Guthaben aus der Lernmittelausleihe und den durchlaufenden Kosten „vorübergehend zinsgünstiger angelegt“ (Erlassentwurf Punkt 2.2) werden. Diese Mittel müssen allerdings für entsprechende laufende Zahlungen „kurzfristig verfügbar“ sein.

Die Konten sind als „Guthabenkonto“ zu führen, dürfen also kein Minus ausweisen.

Erhebliche Mehrarbeit für die Schulen

Die GEW hat sich zur Einführung eines Budgets im Rahmen der „Eigenverantwortlichen Schule“ bereits mehrfach grundsätzlich geäußert. Die Argumente sollen und können hier nicht wiederholt werden. Die verfassungsgemäße Haushaltsführung zu gewährleisten, ist ein wichtiger Aspekt des Erlassentwurfs. Die Landesregierung dürfte aber praktisch insbesondere im Auge haben, Verwaltungsarbeit auf die Schulen abzuwälzen, die bisher die Landeschulbehörde zu leisten hatte. Denn die Umsetzung des Erlasses wird erhebliche Mehrarbeit für die Schulen bedeuten.

Und hier geht es nicht allein um zeitliche Ressourcen, sondern insbesondere auch um Kompetenzen im Zusammenhang mit dem Haushaltsrecht und dem Finanzwesen. Neben Schulleiter/in müssen in das Verfahren der Prüfung, Buchführung und Auszahlung regelmäßig weitere Personen eingebunden werden, die ohne Entlastung zusätzliche verantwortungsvolle Aufgaben in erheblichem Umfang zu übernehmen haben. Die Probleme werden gleichermaßen auftauchen in größeren wie auch kleinen Systemen. Gymnasien und Gesamtschulen werden eine so große Zahl an finanziellen Transaktionen zu bewältigen haben, die auch einen erfahrenen Stab von Koordinatoren/innen überfordern dürfte. Und die Leiter/innen der kleinen Grundschulen haben kaum Verwaltungsstunden, geschweige denn Verwaltungspersonal zur Verfügung.

Keine Entlastung, keine Beratung

Der Zeitpunkt der Einführung des neuen Verfahrens ist darüber hinaus denkbar ungünstig: Zzt. werden Anrechnungsstunden gekürzt. Schulleitungen vertröstet man hinsichtlich ihrer Entlastung auf das Jahr 2011 und das immer wieder versprochene Unterstützungssystem durch Verwaltungskräfte ist bisher nicht einmal in Konturen zu erkennen. Und es ist nicht davon auszugehen, dass die Schulträger die ggf. notwendige Qualifizierung initiieren sowie die Stunden der Sekretärinnen aufstocken werden, um die Mehrbelastung durch Buchführung und Datenverarbeitung auszugleichen. Bisher scheint auch nicht daran gedacht zu sein, den betroffenen Kollegen/innen der Schulleitungen Fortbildung und regelmäßige Beratung zur Qualifizierung für die neuen Aufgaben anzubieten, obwohl bekannt sein dürfte, dass es z. B. im Rahmen des Projekts „Personalkostenbudgetierung“ große (Start-) Probleme und ein erhebliches Beratungsengagement der Mitarbeiter/innen der LSchB geben musste, um Fehler zu beheben und damit Gerichtsverfahren oder das Einleiten von Dienstaufsichtsbeschwerden zu verhindern.

Übergangsfrist bis 2014

Unstrittig ist, dass das Haushaltsrecht auch für Schulen gelten muss und dass ein einheitliches Verfahren bei der Haushaltsführung anzuwenden ist. Dazu ist ein Verfahren zur transparenten Kassenführung zu entwickeln, das von den Kollegen/innen praktisch und unbürokratisch genutzt werden kann und „schwarze Kassen“ und Ähnliches ausschließt, ohne die Schulen und die einzelnen Kollegen/innen zu überlasten. Beratung und Unterstützung ist Grundvoraussetzung für das Inkrafttreten der Regelungen.

Bezogen auf den Entwurf bleiben in dieser Hinsicht viele praktische Fragen offen. Insofern ist der Schlusstermin für das Inkrafttreten eine der wenigen positiven Seiten: Zahlungen aus dem Budget der Schulen „müssen spätestens ab 01.01.2014 über das Schulgirokonto abgewickelt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt können die Zahlungen wie bisher über die LSchB abgewickelt werden.“

Die GEW wird gemeinsam mit den Personalvertretungen darauf drängen, dass das MK den hier referierten Kritikpunkten Rechnung trägt.

HENNER SAUERLAND
CORDULA MIELKE



Ideen Expo 09

EINTRITTFREI!

DEINE Ideen verändern

**Messegelände Hannover,
5.-13. September 2009**

Naturwissenschaften und Technik zum Anfassen und Ausprobieren – das ist die IdeenExpo. Wir wollen Schülerinnen und Schüler mit mehr als 300 Mitmach-Exponaten und über 100 spannenden Workshopthemen neugierig machen und so ihr Interesse an naturwissenschaftlich-technischen Fächern stärken. Besuchen Sie uns mit Ihrer Klasse! Alle Angebote sind gratis und die Anreise wird mit drei Euro pro Person unterstützt. Anmeldung und Information unter

www.ideenexpo.de












Seit mehreren Jahren steht eine Schulverwaltungsreform mit dem Aufbau einer leistungsfähigen Landesschulbehörde mit Zentrale in Lüneburg an. Doch die Kultusminister Busemann und Heister-Neumann haben nichts voran gebracht. Auf unserem Foto die Landesschulbehörde Lüneburg.

Jetzt reicht's!

Desolate Lage der Landesschulbehörde

Vor sechs Jahren hat die CDU/FDP-Landesregierung unter Ministerpräsident Christian Wulf (CDU) die Bezirksregierungen und damit auch deren Schulabteilungen aufgelöst. Sie hatte seitdem Zeit genug und auch die entsprechende Mehrheit im Niedersächsischen Landtag, um die lange angekündigte Schulverwaltungsreform umzusetzen. D. h. den Aufbau einer leistungsfähigen Landesschulbehörde mit Zentrale in Lüneburg zu betreiben. Dazu bedarf es aber eines schlüssigen Konzeptes und dessen politischer Umsetzung.

Schlüssiges Konzept fehlt

Bislang hat jedoch lediglich ein planloser Personalabbau ohne entsprechenden Abbau von Aufgaben stattgefunden. Nach der aufwendigen Erarbeitung interner Konzepte, die samt und sonders verworfen wurden, wurde schließlich ein externer Gutachter, Dr. Barzel, beauftragt, eine Konzeption für die Landesschulbehörde zu erstellen. Die Ergebnisse seiner Untersuchung hat er vor kurzem der Ministerin überreicht. Deutlich wird von Seiten des MK darauf hingewiesen, dass es sich um eine Expertise des Dr. Barzel handelt, nicht um das Konzept des Kultusministeriums bzw. der Landesregierung. Es ist zu befürchten, dass die Vorlage nun endlos diskutiert wird, ein Konzept des Landes und vor allem dessen Umsetzung weiter auf sich warten lässt.

Beide Chefs des Kultusressorts haben versagt

Nach sechs Jahren Amtszeit der christlich-liberalen Koalition in Hannover stellt die Fachgruppe Schulbehörden der GEW Niedersachsen daher fest, dass dieses Vorhaben bisher

total gescheitert ist. Bis heute sind somit weder konkrete Schritte zur Durchführung der Schulverwaltungsreform noch die inhaltlich-strukturellen Ziele für diese Veränderung klar erkennbar.

Sowohl der ehemalige Kultusminister Bernd Busemann (CDU) als auch die jetzige

Ressortchefin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) haben auf diesem Gebiet versagt. Völlig inakzeptabel sind in diesem Zusammenhang Vorwürfe gegenüber Bediensteten der Schulbehörde, die die zum Teil widersprüchlichen und unausgegorenen Entscheidungen der Landesregierung umzusetzen haben. Die Landesfachgruppe Schulbehörden weist alle Attacken, gegenüber den Beschäftigten entschieden zurück; die Verantwortung für die sich in den letzten Jahren zunehmend verstärkenden Probleme in der Arbeit der Landesschulbehörde liegen eindeutig im Versagen der politischen Führung.

FG Schulbehörden fordert Beendigung des herrschenden Chaos

Aus Sicht der Fachgruppe Schulbehörden der GEW Niedersachsen sind zeitnahe Entscheidungen des Niedersächsischen Kultusministeriums zu einer übersichtlichen Struktur und zum Aufgabenumfang der Landesschulbehörde sowie zu einer angemessenen Personalausstattung zwingend notwendig, um das herrschende Chaos zu beenden. Die Bediensteten der Landesschulbehörde haben einen Anspruch darauf, endlich Klarheit über ihre Aufgaben, den geplanten Personalbestand und die Festlegung der Standorte (Außenstellen) der Landesschulbehörde zu bekommen, auch um die permanenten Überlastungen abzubauen zu können. Letztendlich leidet zunehmend auch die pädagogische Arbeit der Schulen unter diesem Durcheinander.

Vor diesem Hintergrund lautet das Fazit der Fachgruppe Schulbehörden der GEW-Niedersachsen für den Zustand der Landesschulbehörde: Sechs Jahre Wulff-Regierung (CDU/FDP) – jetzt reicht's!

DER VORSTAND DER
FACHGRUPPE SCHULBEHÖRDEN

Unseren Toten zum Gedächtnis

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Niedersachsen

Günter Strasmann
Hollern-Twielenfleth
geb. am 17.08.1941
gest. am 06.03.2009

Wolfram Schliewert
Stadthagen
geb. am 19.12.1939
gest. am 20.04.2009

Wolfgang Weiß
Ganderkesee
geb. am 20.05.1959
gest. am 25.05.2009

Gerd Böckmann
Oldenburg
geb. am 28.11.1949
gest. am 30.05.2009

Monika Groeger
Springe
geb. am 25.07.1954
gest. am 10.06.2009

Rita Schneider
Nienhagen
geb. am 29.10.1951
gest. am 15.06.2009

Jochen Steffens
Braunschweig
geb. am 28.09.1964
gest. am 15.06.2009

Dr. Otfried Horn
Osnabrück
geb. am 28.08.1928
gest. am 16.06.2009

Monika Hinze
Bokel
geb. am 02.04.1949
gest. am 17.06.2009

Heinz Dumke
Verden
geb. am 14.10.1915
gest. am 20.06.2009

Edeltraud Würdemann
Osnabrück
geb. am 29.12.1952
gest. am 22.06.2009

Dr. Helmut Markus
Bovenden
geb. am 15.12.1937
gest. am 23.06.2009

Almuth Cornelius
Varel
geb. am 11.03.1922
gest. am 23.06.2009

Harald Hoese
Hilgermissen
geb. am 15.06.1935
gest. am 30.06.2009

Hartmut Garbe
Friedeburg
geb. am 06.06.1945
gest. am 01.07.2009

Marie-Luise Karbe
Lüneburg
geb. am 16.05.1925
gest. am 05.07.2009

Ursula Kohrs
Lingen
geb. 20.09.1933
gest. am 14.07.2009

Hartmut Rudolph
Wolfsburg
geb. am 23.05.1940
gest. am 28.07.2009

Die Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit – Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen vom 15. Mai 2009 stellt bedauernd fest:

„Bei den Agenturen für Arbeit in Niedersachsen wurden bisher erst 34.655 Ausbildungsstellen gemeldet. Dies sind 1.921 bzw. 5,3 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Gleichzeitig haben sich u.a. wegen des Rückganges an Schulabgängern und der Neigung zu längeren Schulbesuchen auch weniger Jugendliche bei den Agenturen als Bewerber um eine Ausbildungsstelle gemeldet. Bisher sind es 43.867 gewesen, also 7.652 bzw. -14,9 Prozent weniger als 2008.“

Bleibt also schon im Mai eine Lücke von 9.212 Ausbildungsplätzen. Wenn man die bekannten Kriterien des Bundesverfassungsgerichtes für einen ausgeglichenen Ausbildungsmarkt anlegt, also 12 Prozent mehr Stellen als Bewerber, dann fehlten im Mai 14.476 Ausbildungsstellen allein in Niedersachsen.

Regional sind die Entwicklungen sehr unterschiedlich

Die von der Arbeitsagentur veröffentlichten Zahlen für das gesamte Ausbildungsjahr von September 2008 bis September 2009 mit Stand Juli 2009 weisen für Niedersachsen einen Rückgang der Ausbildungsstellen von 7,0 Prozent bei einem Bewerberrückgang von 12,5 Prozent aus, wobei die Entwicklung der Bewerber regional von -24,6 Prozent in Celle bis zu +8,2 Prozent in Leer stark differiert.

Das klingt eigentlich nach Entspannung, da die Zahl der Bewerber mehr zurückgeht als die Zahl der angebotenen Stellen. Im Ergebnis ergibt sich jedoch für Niedersachsen im Juli 2009 folgende Situation:

Auf 42.439 Stellen kommen 52.725 Bewerber, also trotz demografisch bedingtem Rückgang der Bewerberzahlen wird es auch im Jahre 2009 wieder eine hohe Zahl von Jugendlichen ohne die Möglichkeit einer beruflichen Ausbildung im dualen System geben.

Alternativen für die „unversorgten“ Jugendlichen werden von der Arbeitsagentur in diversen Programmen angeboten, die aber alle keine Berufsausbildung vermitteln, sondern vor allem dazu dienen, die Jugendlichen „unterzubringen“.

Fazit: Das Übergangssystem, das bekanntlich im Wesentlichen aus Warteschleifen in den berufsbildenden Schulen besteht, wird nicht wirklich kleiner.

Beachten sollte man bei diesen Zahlen der Arbeitsagentur, dass sie sich lediglich auf die bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Jugendlichen beziehen und diejenigen Jugendlichen nicht berücksichtigen, die sich aus unter-

2009 wieder weniger Ausbildungsplätze

Die Krise kommt auf dem Ausbildungsmarkt an

schiedlichen Gründen nach der allgemeinbildenden Schule gar nicht erst um eine betriebliche Ausbildungsstelle bemühen.

Ferner ergibt sich ein vollständiges Bild erst im September, am Ende des Ausbildungsjahres. Man kann allerdings mit der Arbeitsagentur feststellen:

Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Situation ist eine Einschätzung zur möglichen Bilanz des Berufsberatungsjahres schwierig. Auf der einen Seite reduzieren Betriebe, bedingt durch die wirtschaftliche Krise, ihre Ausbildungsleistung. Auf der anderen Seite behalten Unternehmen ihren Ausbildungsumfang z.B aufgrund des Bestrebens sich zukünftige Fachkräfte zu sichern bewusst bei. Welcher Effekt letztlich überwiegen wird, bleibt abzuwarten.

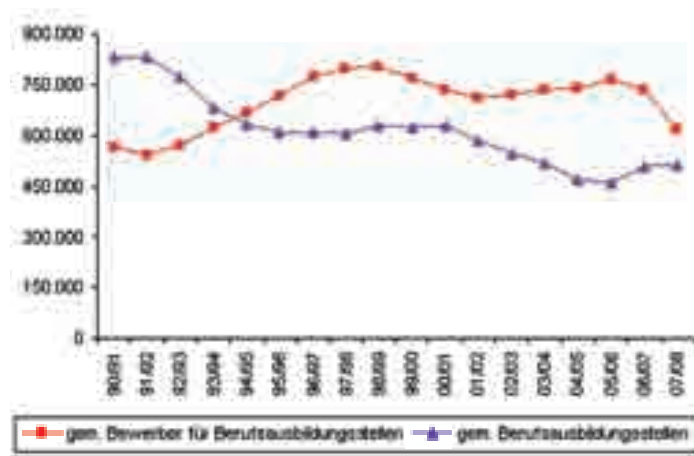
höhere Rentenalter und die damit verbundene längere Lebensarbeitszeit negativ auf die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen aus. Von einer Entspannung des Ausbildungsmarktes kann also in absehbarer Zeit nicht die Rede sein.

Alternativen sind gefragt

Diese Zahlen werden im Land weitgehend ignoriert. Die Kultusministerin hofft auf mehr Stellen bei zurückgehenden Absolventenzahlen, die Kammervereine weisen unverdrossen auf ihre Bemühungen bei den Ausbildungsfirmen hin und die Gewerkschaften betonen den Vorrang der dualen Ausbildung.

Aber gerade das System der dualen Berufsausbildung, in dem nicht einmal mehr die Hälfte der Jugendlichen eine Berufsausbildung absolviert, versagt den Jugendlichen seit Jahren eine berufliche Perspektive.

Gerade in Anbetracht der Wirtschaftskrise ist zu erwarten, dass die Zahl der Ausbildungsbetriebe zurückgeht und die noch ausbildenden Betriebe im Zeichen von Kurzarbeit und drohenden Entlassungen weniger Ausbildungsstellen bereitstellen. Der DGB reagiert mit der Forderung nach einem Schutzschirm für Auszubildende, die ihre Ausbildung nicht beenden können. Löblich, aber für die



Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Stand: 21.07.2009, 09:17 Uhr

Das Berufsbildungsinstitut (BiBB) kommt in einer Untersuchung zum bereits realisierten oder geplanten Einstellungsverhalten der Betriebe zum Ergebnis, dass die Zahl der Ausbildungsverträge 2009 etwa 8 Prozent unter dem Vorjahr liegen könnte.

Perspektivisch besonders problematisch wird die Ausbildungsplatzsituation noch einmal im Jahre des doppelten Abiturjahrgangs, da in dem Jahr dann wieder eine deutliche Zunahme der Bewerber um eine Ausbildungsstelle zu erwarten ist. Ferner wirkt sich zunehmend das

Jugendlichen, die sich nicht in einer betrieblichen Ausbildung befinden, wenig hilfreich.

Wenn man die berufliche Zukunft unserer Jugendlichen und deren Recht auf Bildung nicht den konjunkturellen Unwägbarkeiten betrieblicher Entscheidungen überlassen will, ist es an der Zeit über Ergänzungen zum dualen System der Berufsausbildung nachzudenken. Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt wird sich weder in diesem Jahr noch in den nächsten Jahren wirklich positiv verändern.

Die gerade in Niedersachsen als BGJ-Ersatz eingeführten einjährigen Berufsfachschulen ohne verpflichtende Anrechnung sind eine Sackgasse, wenn nicht für die Jugendlichen, die keine betriebliche Anschlussausbildung bekommen, die Möglichkeit geschaffen wird, ihre Ausbildung auch schulisch zu beenden. Andere Bundesländer, wie z.B. Hamburg, gehen hier mit interessanten Konzepten voran.

Es bleibt festzuhalten: Schulische Berufsausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen als Ergänzung der betrieblichen Berufsausbildung ist eine Alternative zu den schulischen Warteschleifen und muss ausgebaut werden.

ANDREAS STREUBEL

Gemeldete Bewerber und gemeldete Berufsausbildungsstellen in Deutschland (in 1000) – Datenstand Juni 2009			
Merkmal	2008/09	2007/08	2006/07
Gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen seit Beginn des Berichtsjahres *	468	545	648
versorgte Bewerber	264	311	350
unversorgte Bewerber	204	234	297
Gemeldete Berufsausbildungsstellen seit Beginn des Berichtsjahres *	393	426	398
Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen	132	146	155

*) Berichtsjahr = 1. Oktober bis 30. September des Folgejahres
Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Stand: 21.07.2009, 09:17 Uhr



Portale zur Bewertung von Lehrkräften

Eine Lektion in Willkür

Auch wenn es Lehrern und Dozenten nicht gefällt: Sie dürfen weiterhin von Schülern und Studenten in Internetportalen bewertet werden. Ein besserer Unterricht ist dadurch nicht zu erwarten.

VON MAGNUS KLAUE

Sie heißen „Mein Prof“ oder „Spick mich“. Die Diskussion um diese vermeintlichen „Internet-Pranger“, die Schülern und Studenten eine anonyme Benotung ihrer Lehrer ermöglichen, wird schon seit Anfang vergangenen Jahres geführt. Für Aufsehen sorgte damals die Klage einer nordrhein-westfälischen Lehrerin, die wegen ihrer negativen Bewertung auf „Spick mich“ – sie hatte gerade mal ein knappes „ausreichend“ bekommen – ihre Persönlichkeitsrechte beeinträchtigt sah.

Nachdem bereits das Landesgericht und das Oberlandesgericht Köln die Klage abgewiesen und dem Recht der Schüler auf freie Meinungsäußerung ein größeres Gewicht als den Persönlichkeitsrechten der Lehrer beigegeben hatten, ist diese Einschätzung nun Ende Juni in einem Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) größtenteils bestätigt worden. Die Richter haben zweierlei unmissverständlich festgehalten: Zum einen dürfen Portale die Bewertung von Lehrkräften an Schulen und Universitäten prinzipiell ohne vorherige Einwilligung der Betroffenen verbreiten, sofern Gegenstand und Form der Bewertung dies berechtigt erscheinen lassen. Wichtigste Kriterien hierfür sind die Berufsbezogenheit der Bewertung und eine angemessene Zugangsbeschränkung zu den jeweiligen Seiten. Von Schülern und Studenten genutzte Evaluationsseiten müssen also der Beurteilung fachlicher Leistungen dienen, und es muss sichergestellt sein, dass sie nur von entsprechenden „Konsumenten“ genutzt werden. Zum anderen müssen die Betreiber solcher Seiten das Bundesdatenschutzgesetz berücksichtigen, woraus zum Beispiel

folgt, dass den Bewerteten die Möglichkeit gegeben sein muss, ihre Evaluationsprofile einzusehen.

Seiten wie „Spick mich“ entsprechen zumindest formal den vom BGH festgelegten Kriterien. So deklariert „Spick mich“ sich als kompetente Ratgeberseite für Schüler und Lehrer, die den Eltern „Entscheidungshilfe“ bei der Auswahl der richtigen Schule und den Lehrern „Denkanstöße“ für die Verbesserung ihres Unterrichts bietet. Anmelde- und Login-Regeln sollen einen Missbrauch verhindern, Lehrer dürfen sich über ein „Info-Login“ Zugang zu ihren Bewertungen verschaffen. „Mein Prof“ stellt neben individuellen Bewertungen auch Universitäten- und Dozenten-Rankings zur Verfügung, damit Studenten sich die am besten geeignete Universität mit den besten „Köpfen“ aussuchen können. Außerdem geben alle seriösen Seiten die Anzahl der vorgenommenen Bewertungen an, die einen wichtigen Hinweis darauf liefern soll, wie repräsentativ die jeweilige Note ist. Je höher die Zahl der Wertungen, so wird in Anlehnung an Restaurant- und Café-Rankings im Internet argumentiert, desto verbindlicher sei das damit einhergehende Urteil.

Angesichts solch offensiv propagierter „Transparenz“ und „Kundenorientierung“ sind die Vertreter der Lehrerlobby, die seit dem Urteil des BGH immer stärker vor „virtuellen Prangern“ warnen, selbstverständlich im Nachteil. Zu sehr liegt der Einwand auf der Hand, hier wolle sich eine Berufsgruppe, die sich rigide gegen Kontrollen wehrt und bislang meist unbehelligt von Marktkriterien schalten und walten konnte, ihre bedrohten Privilegien sichern. Die Überheblichkeit, mit der nicht nur einzelne Lehrer, sondern auch Vertreter des Philologenverbands den Schülern von vornherein das Recht absprechen, ihre Erzieher zu bewerten, scheint diese Einschätzung zu bestätigen.

Ein genauerer Blick auf die Form solcher „Rankings“ und „Evaluationen“ vermittelt jedoch ein anderes Bild. So ist es schon für sich

genommen problematisch, wenn Lehrer oder Dozenten derselben „Daumen-hoch, Daumen-runter“-Logik unterworfen werden wie Diskotheken oder Restaurants. Vollends fragwürdig wird die marktliberale Illusion, mit der einschlägige Anbieter locken, durch die Bewertungskriterien: Zu diesen zählen bei „Spick mich“ neben diskutablen Kategorien wie Kommunikativität und Unterrichtsvorbereitung etwa auch die Bekleidung des Lehrers oder die von ihm im Klassenzimmer erzeugte „Stimmung“.

So sehr das Portal vielleicht tatsächlich bemüht ist, „Spaß- und Rachennoten“ zu tilgen, so sehr zielen solche Kriterien selbst bereits nicht auf ein verallgemeinerbares Vernunfturteil, sondern aufs Ressentiment. Eine frühnachmittägliche Fahrt mit der U-Bahn kann jeden davon überzeugen, dass Schüler keineswegs von Natur aus toleranter sind als ihre Vormünder. Vielmehr ist das Mobben und Verprügeln von Mitschülern, die zu „Schwulen“ und „Juden“ erklärt worden sind, ebenso Teil des alltäglichen, pubertären Freizeitsports wie das reflexionslose Ablästern über „die Lehrer“, von denen der zu keiner Erfahrung fähige Frustschüler sich ebenso betrogen fühlt wie von der ganzen Welt.

Wer in Bewertungskatalogen mit derlei Kriterien gewinnt oder verliert, hängt also gar nicht so sehr von einer erst zu ermittelnden Leistung ab, sondern ist vom Katalog überwiegend vorgegeben: Gewünscht werden die so eloquenten wie paternalistischen Teammanager, die scheue Einzelgänger „aufmuntern“, bis ihr geistiges Potenzial erstickt ist, während sie den aggressiven Machos jovial-ermahnend auf die Schulter klopfen. Unerwünscht sind die Spröden und Strengen, die mit ihren Anzügen, Pullovern und veralteten Brillenmodellen dem empfindungsarmen Pennäler schon immer „irgendwie komisch“ erschienen und die er nun endlich ganz offiziell niedermachen kann, was den Betroffenen als „Denkanstoß“ für die „Optimierung“ des Unterrichts verkauft wird. Erwünscht sind „Macher“ aller Art, unerwünscht sind Lehrer mit Eigenheiten.

Nicht die bloße Möglichkeit zur Bewertung ist also das Problem, sondern der gesellschaftliche Zwangszusammenhang, in dem diese vorgenommen wird und der alles Gute beinahe von selbst in Repression verwandelt: Die „basisdemokratische“ Evaluation dient, anders als ihre Propagandisten behaupten, im konkreten Fall meist eher der Exkommunikation unliebsamer Einzelgänger als der Ermittlung der „Besten“. So unsympathisch man Lehrer finden mag, die auf eine negative Beurteilung im Netz statt mit Gesprächsangeboten an ihre Schüler mit Gerichtskampagnen reagieren, so kritikwürdig ist die Ideologie der Evaluationsexperten. Die „Gegenöffentlichkeit“, die sie sich zu ihrer Legitimation zusammenphantasieren, reproduziert unter den herrschenden Bedingungen blindlings die sozialen Ausgrenzungsmechanismen, gegen die sie angeblich in Stellung gebracht werden soll. Eine „Entscheidungshilfe“ oder gar einen Beitrag zur Demokratisierung des Schul- und Bildungswesens liefern die Portale nicht, wohl aber ermöglichen sie noch mehr Willkür im Alltag.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von Jungle World Nr. 29

Tarifstreit im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen beigelegt

Aufwertung der Arbeit sozialpädagogischer Kräfte erreicht

Im Tarifstreit für bessere Arbeits- und Entgeltbedingungen haben sich die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeber (VKA) und die Gewerkschaften ver.di und GEW am 27. Juli geeinigt. Vorausgegangen waren jahrelange Bemühungen um die Aufwertung der Tätigkeiten von Erzieherinnen und Erziehern sowie von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Zuletzt hatte es monatelange bundesweite Streiks zur Durchsetzung der Forderungen der Gewerkschaften gegeben.

Mitglieder entscheiden in Urabstimmung über Annahme

Zwei widersprüchliche Entwicklungen bilden den Hintergrund dieser hart geführten Tarifaufwertung. Einerseits die gestiegene Bedeutung und zunehmende gesellschaftliche Anerkennung insbesondere der Tätigkeit von Erzieherinnen und Erziehern. Dass die Entwicklung von Kindern bis zum Erreichen der Schulpflicht von herausragender Bedeutung ist, ist gesellschaftlicher Konsens. Dass der Arbeit in den Kindertageseinrichtungen damit eine überragende Bedeutung zukommt auch. Allerdings sind die daraus zu ziehenden Schlüsse bei weitem noch nicht Konsens, insbesondere dann nicht, wenn es um die Ressourcenverteilung geht.

Zwar betonten auch die Arbeitgeber immer wieder, welche Bedeutung die Arbeit sozialpädagogischer Fachkräfte hätte, nichtsdestotrotz weigerten sie sich einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen zuzustimmen. Hierbei nutzten sie die 2005 erfolgte Umstellung vom Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) auf den Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD), um die Bedingungen noch weiter zu verschlechtern.

Die Arbeitgeber ließen fast vier Jahre verstreichen, ohne die vertraglich zugesicherten Verhandlungen zu einer neuen Entgeltordnung ernsthaft aufzunehmen. Im Tarifabschluss 2008 wurde vereinbart, Verhandlungen zu einer Entgeltordnung für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes vorrangig zu betreiben.

Die besondere Bedeutung der Kindertageseinrichtungen

Es dauerte dann noch einmal mehr als ein Jahr, bis die Verhandlungen am 27. Juli für die 220.000 Beschäftigten erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Vorausgegangen waren monatelange Streiks an kommunalen Kindertageseinrichtungen und im kommunalen Sozialdienst, an denen sich bundesweit mehr als 100.000 Beschäftigte beteiligten.

Das Angebot der Arbeitgeber enthält folgende Hauptpunkte:

1. tarifvertragliche Regelungen zum Gesundheitsschutz/betriebliche Gesundheitsförderung



Foto: Michael Schellhorn / imago

Einigung im Tarifstreit für bessere Arbeits- und Entgeltbedingungen. Nach monatelangen Streiks gingen die Arbeitgeber auf wesentliche Forderungen der Gewerkschaften ein.

2. Eigenständige Entgelttabelle und Eingruppierung der Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes
3. Regelungen zur Überleitung in die neue Entgelttabelle

Das Angebot der Arbeitgeber

Wesentliche Punkte des betrieblichen Gesundheitsschutzes sind:

- Er gilt nur für Beschäftigte des Sozial- und Erziehungsdienstes, d. h. für andere Bereiche des öffentlichen Dienstes können

ebenfalls Regelungen durchgesetzt werden

- Betriebliche Gesundheitsförderung mit dem Ziel, krankmachende Faktoren zu beseitigen, gesundheitsgerechte Verhältnisse am Arbeitsplatz und gesundheitsbewusstes Verhalten zu fördern

Um diese Ziele zu erreichen, sind u. a. folgende Maßnahmen vereinbart worden:

- individueller Anspruch der Beschäftigten auf eine Gefährdungsbeurteilung ihres Arbeitsplatzes unter Einbezug der Beschäftigten

Wahlen der LDK 2009

In Anwendung von § 2 Absatz 1 der Wahlordnung veröffentlicht das Präsidium der LDK die für die Landesdelegiertenkonferenz 2009 eingegangenen Wahlvorschläge für den Vorstand:

- | | |
|--|--|
| – Vorsitzender: | Eberhard Brandt (bisher: Eberhard Brandt) |
| – Stellvertretende Vorsitzende: | Sabine Kiel, Michael Strohschein (bisher: Sabine Kiel, Michael Strohschein) |
| – Schatzmeister: | Bernd Rebens (bisher: Bernd Rebens) |
| – Referat Beamten- und Angestelltenrecht: | Silke Beu, Rüdiger Heitefaut (Team) (bisher: Silke Beu, Rüdiger Heitefaut (Team)) |
| – Referat Allgemeinbildende Schulen: | Henner Sauerland (bisher: Henner Sauerland) |
| – Referat Jugendhilfe und Sozialarbeit: | Frank Taffa (z. Z. nicht besetzt) |
| – Referat Ausbildung, Fortbildung Hochschule und Forschung: | Günter Beyer, Rolf Heidenreich, Jürgen Köpke (Team) (bisher: Rolf Heidenreich, Jürgen Köpke, Detlef Spindler (Team)) |
| – Referat Berufliche Bildung und Weiterbildung: | Fritz Hobel, Ulla Holterhus, Andreas Streubel (Team) (bisher: Fritz Hobel, Ursula Holterhus und Andreas Streubel (Team)) |
| – Referat Gewerkschaftliche Bildung, Mitgliederbetreuung und Werbung: | Richard Lauenstein (bisher: Hans Lehnert) |
| – Referat Frauenpolitik: | Wencke Hlynsdóttir, Ute Wiesenäcker (Team) (bisher: Ute Wiesenäcker) |

- Unterrichtspflicht und Erörterung von Maßnahmen zur Verbesserung mit anschließender Überprüfungsfrist der Wirksamkeit
- Paritätisch besetzte betriebliche Kommission auf Antrag Betriebs-/Personalrat mit weitreichenden Kompetenzen im Bereich Gesundheitsförderung und Gefährdungsbeurteilung.
Der zweite Teil des Angebots der Arbeitgeber betrifft die Eingruppierung und das Entgelt: Wesentliche Inhalte sind:
- Eigenständige Entgelttabelle Sozial- und Erziehungsdienst mit neuen Entgeltgruppen (S 3 – S 18)
- Zuordnung der Tätigkeiten zu den Entgeltgruppen in einer Anlage zur Entgelttabelle
- Vom TVöD abweichende gestreckte Stufenlaufzeiten
- Veränderungen bei der Eingruppierung von Sozialpädagoginnen und -pädagogen als Kitaleitungen bzw. bei Tätigkeiten, die das Kindeswohl/psychisch erkrankte Menschen erheblich betreffen

Beispiele

Als Beispiele für die Zuordnung von Tätigkeiten zu Entgeltgruppen seien genannt:

- S 3 Kinderpflegerin
- S 6 Erzieher/-in in Normaltätigkeit
- S 8 Erzieher/-in in schwieriger Tätigkeit/Heilpädagoginnen
- S 11 Sozialpädagogin/Sozialarbeiter

S 15 Leiter/in Kita mit mehr als 13 Plätzen

Der dritte Block betrifft die Überleitung der bisher schon Beschäftigten in das neue Entgelt- und Eingruppierungssystem.

Die sog. „Altbeschäftigten“ werden analog den Grundsätzen der Überleitung aus dem BAT in den TVöD 2005 in das neue System überführt:

- Bildung eines Vergleichsentgeltes
- Vergütungsgruppenzulage wird Bestandteil des Vergleichsentgeltes
- Zuschläge von 2,65 Prozent zum Ausgleich von Unstimmigkeiten in den Entgelttabellen
- Bestandsschutz

Der Tarifvertrag soll zum 01.11.2009 in Kraft treten und hat für die Tabellenstruktur eine Laufzeit bis zum 31.12.2014. Die Tabellenwerte sind wie im TVöD zum 31.12.2009 kündbar.

Die Tarifvertragsparteien haben eine Erklärungsfrist bis zum 21. August vereinbart, damit die Gewerkschaftsmitglieder in einer Urabstimmung entscheiden können.

Eine erste Bewertung des Angebotes sollte auf der Basis der Forderungen der Gewerkschaften, dem gesellschaftlichen Umfeld sowie der Position der Arbeitgeber erfolgen.

Als Erfolg kann sicherlich herausgestellt werden, dass durch die eigenständige Entgelttabelle der Sozial- und Erziehungsdienst aufgewertet werden konnte.

Die Einkommen werden insbesondere am Berufseinstieg verbessert, so dass der Beruf attraktiver werden wird. Dies ist vor dem Hintergrund eines Fachkräftemangels ein positives Ergebnis. Die Regelungen zur Gesundheitsförderung können hier ebenfalls positive Signalwirkungen haben.

Die Streckung der Stufenlaufzeiten wird den positiven Effekten auf ein Lebensarbeitsinkommen bezogen einiges an Wirkung nehmen.

Weiterhin ist jetzt noch nicht erkennbar, ob und wie sich die neuen Tätigkeitsmerkmale für die Beschäftigten auswirken. Hier gilt es aktiv in die Umsetzung einzugreifen, da die Arbeitgeber von ihrem Grundsatz der „Kostenneutralität“ freiwillig nicht abrücken werden.

Grundsätzlich lässt sich aber feststellen, dass die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst auch während der Streiks von fast allen Seiten Zustimmung und Zuspruch für ihre Ziele erfahren haben. Eltern, Politiker aller Parteien, Wissenschaftler und viele Verbände unterstützten die Ziele der Beschäftigten und das Motto „Bildung ist Mehrwert!“. Dennoch bleibt für die Gewerkschaften noch vieles zu tun.

Im Rahmen einer tarifpolitischen Konferenz „Seid EGOistisch“ am 8. September wird in einem Forum das Tarifergebnis vorgestellt und bewertet werden. Näheres auf Seite 29 dieser Ausgabe oder unter www.gew-nds.de.

Weitere Informationen zum Tarifaabschluss und www.gew-ego.de. RÜDIGER HEITEFAUT

Tarifvertrag für die Beschäftigten der Länder (TV-L)

Ansprüche geltend machen

Mit dem Tarifaabschluss für die Länderbeschäftigten vom 1. März 2009 wurden nicht nur Entgeltsteigerungen vereinbart, sondern auch Verbesserungen für in den TV-L übergeleitete Beschäftigte tarifvertraglich festgeschrieben. Die Arbeitgeber waren allerdings nicht bereit, Ansprüche der Beschäftigten von sich aus zu prüfen und zu gewähren. Nach Abschluss der Redaktionsverhandlungen ist geklärt, wer wann welche Ansprüche auf welchem Wege schriftlich zu stellen hat.

Tarifbeschäftigte aufgepasst – es geht um euer Geld!

Dies betrifft folgende Bereiche:

1. Bewährungsaufstiege

Dies betrifft alle Beschäftigten, die nach altem Recht einen Bewährungsaufstieg vollzogen hätten. Die Frist zur Vollendung begonnener Aufstiege wurde bis zum 31.12.2010 verlängert. Auf Antrag können vor dem 01.11.2006 (Tag der Überführung vom BAT in den TV-L) begonnene Aufstiege noch vollzogen werden, wenn die Zeit für den Aufstieg bis zum 31.12.2010 insgesamt zurückgelegt werden kann. In den Entgeltgruppen bis EG 8 erfolgt eine Höhergruppierung. Bei den anderen Entgeltgruppen wird ein neues Vergleichsentgelt gebildet. Ausgenommen sind Lehrkräfte, die die fachlichen und pädagogischen Voraussetzungen zur Berufung in

das Beamtenverhältnis erfüllen (sog. „Erfüller“).

2. Vergütungsgruppenzulagen

Ähnlich wie bei den Bewährungsaufstiegen haben Beschäftigte, die unter die Eingruppierungsregelungen „Sozial- und Erziehungsdienst“ fallen und nach altem BAT-Recht Anspruch auf eine Zulage hatten, noch die Möglichkeit bei Erfüllen der Voraussetzungen bis zum 31.12.2010 diese Zulage zu erhalten. Hier ist ebenfalls ein schriftlicher Antrag an den Arbeitgeber erforderlich.

3. Vorübergehende Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit

Dies betrifft Beschäftigte, denen vor dem 01.11.2006 eine höherwertige Tätigkeit erst vorübergehend und dann vor dem 31.10.2008 dauerhaft übertragen wurde. Für Lehrkräfte gelten hier andere Bestimmungen.

4. Kinderbezogene Entgeltbestandteile

Wer lediglich wegen eines Sonderurlaubs im Oktober 2006 keinen Anspruch auf eine kinderbezogene Besitzstandszulage erworben hatte, kann diese jetzt auf Antrag noch erhalten. Ähnliches gilt, wenn ein bisher Kindergeldberechtigter verstorben ist. Hier kann das andere Elternteil einen Antrag auf Besitzstandszulage stellen.

Vordrucke zu den einzelnen Punkten sind bei der GEW zu erhalten. Eine Beratung durch

die GEW-Rechtsschutzstelle ist ebenfalls möglich.

Verhandlungen zur Eingruppierung angestellter Lehrkräfte beginnen am 29. September

Für alle tarifbeschäftigten Lehrkräfte beginnt am 29. September eine neue Zeitrechnung – die ersten Tarifverhandlungen zur Eingruppierung von Lehrkräften werden zwischen den Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) aufgenommen. Die GEW hat dabei die Verhandlungsführerschaft. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit Verhandlungen zur Eingruppierung im Sozial- und Erziehungsdienst (s. Seite 13 dieser Ausgabe) erwartet die GEW eine schwierige Auseinandersetzung, die ohne Unterstützung durch Aktionen seitens der tarifbeschäftigten Lehrkräfte nicht zu einen zufriedenstellenden Abschluss gebracht werden kann.

Die GEW Niedersachsen führt zur Diskussion der Forderungen und zur Vorbereitung auf die Tarifverhandlungen am 8. September in Hannover eine tarifpolitische Tagung mit Ilse Schaad vom GEW-Hauptvorstand durch. Näheres ist der Ankündigung auf Seite 29 oder unserer Homepage www.gew-nds.de zu entnehmen. Wer an der Tagung teilnehmen möchte, sollte sich unverzüglich anmelden, da die Teilnehmerzahl begrenzt ist.

RÜDIGER HEITEFAUT



Foto: Hans-Günter Oed / imago

Blick in einen tiefen Abgrund. Spätestens im Herbst erreicht die Finanz- und Wirtschaftskrise den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit droht steil nach oben zu klettern.

Wenn Preise und Löhne purzeln

VON DIERK HIRSCHTEL

Weltgeschichtliche Tatsachen ereignen sich immer zweimal. Das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce. Die aktuelle Krise scheint dies zu bestätigen. Wir durchleben gerade die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit 80 Jahren. Die Weltindustrieproduktion, die Aktienkurse und der Welthandel sind seit April 2008 schneller abgestürzt als in der Großen Depression 1929. Unsere heimische Wirtschaft droht um mehr als 5 Prozent zu schrumpfen. Spätestens im Herbst erreicht die Krise den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit droht steil nach oben zu klettern.

Der Druck auf Löhne und Preise steigt. Viele Betriebe versuchen nun mit Lohnkürzungen ihre krisenbedingt steigenden Kosten in den Griff zu kriegen. Auf den ersten Blick erscheint dies als betriebswirtschaftlich alternative Strategie. Erst auf den zweiten Blick sieht man den tiefen Abgrund.

Schmelzen wie Schnee in der Sonne

Überall dort, wo der Wettbewerb nur eingeschränkt funktioniert – und das ist der überwiegende Teil der Wirtschaft –, senkt Lohnverzicht nicht die Preise. Die Firmen erhöhen lediglich ihre Gewinnspanne. So steigen die betrieblichen Eigenmittel. Soweit so gut. Aufgrund des kurzen Geldregens wird aber weder mehr produziert noch mehr investiert. Hierfür braucht es bessere Absatzerwartungen. Aktuelle Geschäftslage und Erwartungen sind aber nie identisch. Bei anhaltend schlechten Geschäftsaussichten bleiben die zusätzlichen Eigenmittel zunächst im Geldspeicher. Mit fortschreitender Zeit nagen aber die Lohnkürzungen an der Kaufkraft. Die Absatzperspektiven verdunkeln sich immer weiter. Die kollektive Tal-

fahrt bei Aufträgen, Umsätzen und Produktion setzt sich fort.

Wo der Wettbewerb noch funktioniert, lassen sinkende Löhne auch die Preise purzeln. Die reale Kaufkraft bleibt erhalten. Doch bevor die neuen Tiefpreise den Umsatz ankurbeln können, hat die Konkurrenz bereits nachgezogen. Der ursprüngliche Wettbewerbsvorteil schmilzt wie Schnee in der Sonne. Die betriebliche Ertragslage verbessert sich nicht einmal kurzfristig. Löhne und Preise fallen gemeinsam.

Teuflische Krisenspirale

Am Ende verlieren Alle. Niedrigere Löhne sichern keine Jobs, sondern verschärfen lediglich den Nachfragemangel. Die eingesparten Arbeitskosten von heute sind die leeren Auftragsbücher von morgen. Die rein betriebswirtschaftliche Logik fährt die gesamte Volkswirtschaft gegen die Wand. Die Wirtschaft rutscht in die Deflation.

Eine Deflation ist aber tödliches Gift für die Volkswirtschaft. Die Deflation setzt eine teuflische Krisenspirale in Gang. Wenn die Preise dauerhaft sinken, dann verschieben die Verbraucher ihre Kaufentscheidungen. Schließlich wird zukünftig alles billiger. Der Konsum sinkt. Die Unternehmensgewinne fallen. Zudem steigen in der Deflation die realen Zinsen ebenso wie der reale Wert der Schulden. Die Bonität der Schuldner sinkt. Viele werden zahlungsunfähig. Die Gläubiger kürzen Kreditlinien. Die gedrosselte Kreditversorgung dämpft Investitionen und privaten Verbrauch. Am Ende des Tages droht ein langjähriger wirtschaftlicher Stillstand, eine Depression.

In der großen Depression fielen die heimischen Großhandelspreise zwischen 1929 und 1933 um volle 35 Prozent. Die Verbraucherpreise purzelten um fast ein Viertel. Die Tariflöhne der Industriearbeiter stürzten um 21 Prozent ab. Vier harte Jahre brauchte die

Volkswirtschaft des Deutschen Reiches um sich von diesem Schlag zu erholen. In Japan dauerte die Genesung fast ein ganzes Jahrzehnt.

Noch befinden wir uns nicht in einer solchen negativen Lohn-Preis-Spirale. Die Gefahren sind aber real. In den USA sind die Verbraucherpreise zum ersten Mal seit über 50 Jahren gesunken. Auch hierzulande fliegen die Preise tief. Die Erzeugerpreise fielen zuletzt im Vorjahresvergleich um 3,6 Prozent. Dies ist der stärkste Rückgang seit 22 Jahren. Die Verbraucherpreise durchbrechen gerade die Nulllinie.

Dass diese Deflationsgefahren öffentlich kaum diskutiert werden, wirft ein Licht auf den traurigen Zustand der ökonomischen Zunft dieses Landes. Viel lieber wird das Inflationsgespenst heraufbeschworen, gegen Konjunkturpakete gewettert und Lohnverzicht gepredigt. Immer getreu dem Motto: Was interessiert uns die Realität, wenn sie mit der Modellwelt nicht in Einklang zu bringen ist. Politiker, die sich in diesen Chor einreihen, handeln grob fahrlässig.

Ob die Löhne wirklich abstürzen, ist noch offen. Die professionellen Auguren prognostizieren für das laufende Jahr einen Rückgang der Bruttolöhne und -gehälter um bis zu 2,5 Prozent. Die Gewerkschaften halten tarifpolitisch dagegen. Sie stemmen sich gegen Entlassungen und Lohnverzicht. Das ist gut so. Eine Garantie gegen fallende Löhne ist das aber leider nicht. Die Gewerkschaften wurden durch den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Irrweg der letzten Jahre empfindlich geschwächt. Das was Gewerkschaften verhandeln, kommt bei immer weniger Arbeitnehmern an. Die Tarifbindung geht zurück. Die prekäre Beschäftigung wächst. Jeder dritte Beschäftigte arbeitet heute befristet, hat einen Mini-, Midi-, Ein-Euro-Job oder malocht als Zeitarbeiter. Darüber hinaus macht die Drohung mit dem Hartz IV-Armutskeller die Belegschaften erpressbarer denn je. In großen Bereichen der schönen neuen Dienstleistungswelt verpufft die gewerkschaftliche Gegenwehr wirkungslos.

Damm gegen die Deflation bauen

Auch deswegen muss die Politik jetzt einen Damm gegen die drohende Deflation bauen. Hierfür braucht es Mindestlöhne, gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die staatliche Förderung sozial versicherter Arbeit. Der Schutz der Arbeitslosenversicherung muss gerade in der Krise ausgebaut werden. Die verschärfte Zumutbarkeit gehört abgeschafft. Die Gehälter der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dürfen nicht gekürzt werden. Und auch bei öffentlichen Transferleistungen verschärft der Rotstift nur die Krise. All dies würde IG Metall, Verdi & Co helfen, die Lohnentwicklung auch in schwierigen Zeiten zu stabilisieren.

Darüber muss die Krise mit aller Kraft konjunktur- und geldpolitisch bekämpft werden. Gegen eine Nachfragerückgang helfen nur umfangreiche öffentliche Konjunkturhilfen. Letztere füllen die Auftragsbücher und verhindern Entlassungen. Nur dann, aber auch nur dann, bestehen gute Chancen, dass sich die Geschichte diesmal nicht wiederholt.

Dr. Dierk Hirschel ist DGB-Chefökonom



Foto: Rainer Unkel / imago

Hochschulen erhalten im Rahmen der NHG-Novelle mehr Spielraum für die Vergabe von Stipendien. Doch in vielen Punkten des Gesetzentwurfes besteht Nachbesserungsbedarf.

Neues Hochschulgesetz in Niedersachsen zur Anhörung freigegeben

Nichts dazu gelernt

Nach monatelangen Vorankündigungen hat die Nds. Landesregierung am 28. Juli 2009 den Gesetzentwurf zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) zur Anhörung (15.10.2009) freigegeben. Hier einige wichtige Änderungen.

Mit dem Gesetzentwurf werden die rechtlichen Rahmenbedingungen für das niedersächsische Konzept der „Offenen Hochschule“ geschaffen. So ist vorgesehen, dass Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung künftig besser kooperieren können, um die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und der Hochschulbildung zu verbessern. Beispielsweise können Kompetenzen, die im Berufsleben erworben wurden, auf ein Hochschulstudium angerechnet werden. So soll der Hochschulzugang erweitert werden, indem neben den derzeit berechtigten Meistern, Technikern und Betriebswirten zukünftig auch die AbsolventInnen der aus den bekannten bundes- oder landesrechtlich geregelten Fortbildungen eine allgemeine Studienberechtigung erhalten. Zudem sollen die Hochschulen bei der Feststellung der Studienberechtigung auch beruflich erworbene Kompetenzen berücksichtigen können, die nicht an den Nachweis einer anerkannten Vorbildung gebunden sind.

„Offene Hochschulen“ – Guter und wichtiger Schritt

Damit geht die Landesregierung zwar in die richtige Richtung um die Hochschulen zu öffnen, aber aus gewerkschaftlicher Sicht sollte die Anerkennung von Familienphasen (Kinder und Pflege) aufgenommen werden.

Die Landesregierung hält auch weiterhin an Studiengebühren fest, auch wenn sie im neuen NHG die Möglichkeiten für die Hochschulen zur Vergabe von Stipendien erweitert. So sind gegenwärtig Stipendien nur auf Fälle besonderer Leistungen und herausgehobener Befähigungen sowie zur Förderung der Internationalisierung begrenzt. Im Gesetzentwurf erhalten

die Hochschulen mehr Spielraum, um künftig auch aus anderen Gründen Stipendien an Studierende vergeben zu können. Dabei ist die Auslegung, was „ehrenamtliches Engagement“, „besondere Leistungen“, „herausgehobene Befähigungen“, „herausragende ehrenamtliche Tätigkeiten“ unklar. Überdies fehlt eine Anerkennung für die Arbeitsleistung in Wahlämtern der Studierenden (AStA, Senats- und Kommissionsmitglieder). Auch wer darüber entscheidet, bleibt bislang „offen“.

Neu ist die Einführung einer „Familienkomponente“: Studierende, die mindestens zwei Geschwister haben, sollen zukünftig das Studiendarlehen zinsfrei erhalten. Durch diese Regelung wird nach Ansicht der Landesregierung die Situation kinderreicher Familien besonders berücksichtigt.

Schade, Studiengebühren bleiben

Massive Kritik hieran kam von der hochschulpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Gabriele Andretta, da im ursprünglichen Referentenentwurf von Anfang des Jahres noch vorgesehen war, dass dem dritten Kind die Studiengebühr sogar erlassen werden soll – so wie dies bereits andere (Studiengebühren-)Bundesländer wie Baden-Württemberg praktizieren. Auch in Bayern zahlten Familien mit drei Kindern gar keine Studiengebühren, solange die Eltern für alle drei Kindergeld beziehen.

Unglaublich ist auch, dass es den Hochschulen ermöglicht wird, künftig „Studienbeitragsstiftungen“ einzurichten. Die Landesregierung verspricht sich hierdurch einen Anreiz für potenzielle SpenderInnen zur Erhöhung des Stiftungsvermögens zu schaffen. In diesen Zusammenhang reden sie auch davon, dass sie hierdurch einen „Nachhaltigkeitsfaktor“ schaffen, da die von den Studierenden eingezahlten Beiträge auch späteren Studierenden zugute kommen.

Diese Begründung ist politisch unver-schämmt. So wird durch die Überführung –

wenn gleich auch nur „geringfügigen“ (wie viel darf das sein?) Mitteln aus Studienbeiträgen in eine Stiftung – diese der direkten Kontrolle der Hochschulgremien entzogen. Merkwürdig, dass es nun eine Stiftung braucht, um Geld und Transparenz zu schaffen. Gab es das bislang etwa nicht???

Grundsätzlich sind Stipendien durchaus sinnvoll, aber dass sie aus den Einnahmen der Studienbeiträge kommen, ist falsch! Weder dem Land noch den Hochschulen ist es wirklich gelungen, zusätzliche finanzielle Mittel für Stipendien einzuwerben und nun sollen die Studierenden einspringen? Das Studierende anderen Studierenden Stipendien finanzieren ist ein falsches Signal und hat rein gar nichts mit Nachhaltigkeit zu tun. Sinnvoll wäre es gewesen Härtefallregelungen für unverschuldete Verzögerungen im Studienverlauf aufzunehmen. Oder auch das ausländische Studierende, die nicht aus einem EU-Land stammen nach wie vor die Aufnahme eines günstigen Studienkredites nicht möglich ist, ist bildungspolitisch unklug und kurzfristig. Für solche sozial- und bildungspolitischen Maßnahmen fehlt mal wieder an Mut bei der CDU- und FDP-Regierung.

Bei der Entscheidung über die Verwendung der Einnahmen aus den Studienbeiträgen wird allgemein eine studentische Beteiligung eingeführt. Wir die genau auszusehen hat, sollen die Präsidien entscheiden ... die Universität Hildesheim hatte jüngst die Studierenden diesbezüglich ausgeschlossen, da sie nicht das machen wollten, was die Hochschulleitung wollte ...

Traurig, dass die Landesregierung nichts, aber absolut nichts aus der Wirtschaftskrise lernt. Zu hoffen, dass die Wirtschaft finanzielle Mittel, vor allem mehr als bislang zur Verfügung stellen wird, ist doch höchstens traumfähig. So hat jüngst der Stifterverband auf Anfrage von Ulla Burchardts, SPD-Bundestagsfraktion, zugegeben, dass Stipendien der Wirtschaft „von der Unternehmenssituation abhängig“, „konjunkturellen Entwicklungen unterworfen“ und von „Unternehmens- und Brancheninteressen geleitet“ seien.

Dabei hatte die Wirtschaft bei der Diskussion um die Einführung von Studiengebühren ein weitreichendes Stipendiensystem für einkommensschwache Studierenden in Aussicht gestellt. Infolge des Ausbleibens eines solchen Systems, spricht sich heute auch die zuvor wohlgesonnene Hochschulrektorenkonferenz (HRK) für die Abschaffung der Gebühren aus.

Geht besser, sagen die GEWERKSCHAFTEN

Die Gewerkschaften sind nach wie vor der Meinung, dass ein Studium ohne Studiengebühren möglich sein muss. Der Anteil von Studienberechtigten, die sich auf Grund von Studiengebühren von der Aufnahme eines Studiums „abschrecken“ lassen, da sie es sich finanziell nicht leisten können, ist hoch.

Wir brauchen mehr Studierende und HochschulabsolventInnen und eine demokratische Hochschule. Mal schauen was die parlamentarischen Beratungen in den kommenden Monaten ergeben. Man soll die Hoffnung auf Einsicht und Vernunft nicht aufgeben ...

SABINE KIEL

Ein Nachtrag zum Bildungsstreik
vom 15. bis 19. Juni

Öffentlichkeit und Politik wach rütteln

Das deutsche Bildungssystem ist nicht nur eines der sozial selektivsten seiner Art, sondern darüber hinaus auch eines der unterfinanziertesten und marodesten. Das haben nicht nur IGLU, PISA und sonstige Vergleichstests, sondern auch der Sonderberichterstattung der UN im vergangenen Jahr mehrfach festgehalten und die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert. Doch anscheinend hat Kanzlerin Angela Merkel nichts Besseres zu tun, als eine Bildungsreise zu machen, an deren krönendem Abschluss ein ergebnisloser Bildungsgipfel am 21. Oktober 2008 in Dresden stand.

Kritik am radikalen Umbau des Bildungssystems

Unser Bildungssystem befindet sich seit einigen Jahren in einem massiven Umbauprozess. Hierzu sind insbesondere die Umsetzung des Bologna-Prozesses an Hochschulen, des Kopenhagen-Prozesses in der beruf-



lichen Bildung, der Verkürzung der (Aus)Bildungszeit durch Bachelor und Master im Hochschulbereich, das achtjährige Gymnasium im Schulbereich, Verschulung von Bildung, der Umbau staatlicher (Hoch) Schulen zu autonomen / privaten (Hoch)Schulen (als „Zwischenform“ als Private-Public-Partnership bekannt), die Einführung von Bildungsgebühren (insbesondere Verwaltungs-, Studien- und Langzeitstudiengebühren), der Abbau von demokratischen Mitbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten zu Gunsten präsidialer Entscheidungsstrukturen unter dem Diktat der (vermeintlichen) Autonomie der Bildungseinrichtungen... etc. zu zählen.

Der massive Umbau wurde in den vergangenen Jahren durch die Mehrzahl der BildungsteilnehmerInnen hingenommen. Lang sind die Zeiten von Protestbewegungen wie dem UniMUT (1988) und Lucky Streik (1997) her. Es scheint, als sei der Unmut, das Leid, die Wut noch nicht groß genug und / oder Resignation hat bei denen eingesetzt, die sich seit Jahren in lokalen und überregionalen Bündnissen und Gremien für den Kampf um bessere Bildungs- und Lebensbedingungen einsetzen. Bis, ja bis im November 2008 die SchülerInnen im Rahmen des bundesweiten Schulstreiks zeigten, dass das Runterschlucken von Missständen an Schulen eine Grenze hat. Bundesweit gingen am 12. November 2008 mehr als 100.000 Menschen - SchülerInnen, Eltern, Gewerkschaften und (z.T.) Studierende - auf die Straße, um ihrem Unmut über Turbo-Abitur, zu große Klassen, marode Schulbauten, Abbau von Partizipations- und Gestaltungsrechten in Schulen und eine bessere Bildungsfinanzierung zu protestieren.

Bundesweiter Bildungsstreik – Struktur durch Vernetzung

Angespornt durch die Mobilisierungskraft der SchülerInnen fand sich Ende 2008 eine Gruppe von Engagierten und motivierten Studierenden und SchülerInnen, die die Idee eines bundesweiten Bildungsstreiks vorantrei-

ben wollten. Bis Juni 2009 unterzeichneten mehr als 100 Gruppen / Organisationen und Einzelpersonen den Aufruf zu einem bundesweiten Bildungsstreik.

Einendes Ziel einer bundesweit aufzubauenen losen Vernetzungsstruktur waren bundesweit aufgestellte Forderungen für selbstbestimmtes Lernen und Leben statt starrem Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck, freier Bildungszugang und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie Studiengebühren, Ausbildungsgebühren und Kita-Gebühren, öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft unter anderem auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe und Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen, entgegen.

Ergänzt und konkretisiert werden sollten sie durch lokale Bündnisse, welche - anders als bei vergangenen Protesten - den Streik durch inhaltliche und Vernetzungsarbeit tragen sollten. Zur bundesweiten Koordinierung fanden neben lokalen Bildungsstreiktreffen bundesweite Koordinierungstreffen statt. Zu diesen kamen seit Ende 2008 monatlich circa 150 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen, um sich zu konkreten inhaltlichen und organisatorischen Fragen auszutauschen.

Das Thema Bildung in die öffentliche Diskussion zurück holen

Zur Vorbereitung des Streiks gründeten sich in Niedersachsen ebenfalls lokale Streikgruppen. So insbesondere in Hannover, Lüneburg, Hildesheim, Göttingen, Oldenburg, Osnabrück und vielen kleineren Orten. Insgesamt war die Streikwoche mit bundesweit mehr als 300.000 Menschen.

Die Erreichung der Forderungen binnen einer Woche, das war den Streikenden bewusst, war utopisch. Erklärtes Ziel war es vielmehr die Menschen wach zu rütteln und das Thema Bildung in die öffentliche Diskussion (zurück) zu holen, Menschen niedrigschwellig zu politisieren und eigene Schwer-

E&W NIEDERSACHSEN

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Niedersachsen, Berliner Allee 16,
30175 Hannover, Telefon 0511 33804-0,
Fax 0511 33804-46, eMail@GEW-Nds.de

Vorsitzender: Eberhard Brandt, Hannover

Verantwortl. Redakteur: Joachim Tiemer

Redaktion: Sabine Kiel, Andreas Klepp,
Richard Lauenstein, Hans Lehnert,
Cordula Mielke, Brunhild Ostermann, Horst Vogel

Postanschrift der Redaktion:

Berliner Allee 16, 30175 Hannover,
Fax 0511 33804-21

E-Mail: J.Tiemer@GEW-Nds.de

Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (EuW)
erscheint 10x jährlich (Doppelausgabe im Juni und
September). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im
Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder be-
trägt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zzgl. 11,30 €
Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

Redaktionsschluss ist der 20. des Vormonats. Später
eingehende Manuskripte können nur ausnahmswei-
se berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich
die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für
unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird
keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Na-
men oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten
Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung
des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:

STAMM Verlag GmbH, Goldammerweg 16
45134 Essen, Tel. 0201 84300-0

Fax 0201 472590

E-Mail: anzeigen@stamm.de

Internet: www.erziehungundwissenschaft.de

Verantw. für Anzeigen: Mathias Müller

Gültige Preisliste Nr. 30 vom 1. Januar 2009

Anzeigenschluss siehe Terminplan

Herstellung: Kornelia Schick, Adlerstraße 8

31228 Peine, Tel. 05171 929295

Fax 05171 929397

Druck: Druckhaus A. Schlaeger GmbH

Woltorfer Straße 116, 31224 Peine

Tel. 05171 400-20

Fax 05171 16424



ISSN
0170-0723



Foto: Richard Lauenstein

Über 50.000 Menschen – Schüler, Studierende, Eltern und Lehrkräfte – beteiligten sich in 16 Orten Niedersachsens am Bildungsstreik.

punkte gezielt zu platzieren. Neben – wie Schavan es mehrfach betitelt „gestrigen“ – Protestformen wie Demonstrationen und Diskussionsrunden, besonnen sich die AktivistInnen auf insbesondere aus den 60er, 80er und 90er Jahren bekannte Formen wie teach ins, sit ins, (Schul-/Rektorats-)Besetzungen, flash mob Aktionen, Radiobaletts ... ect. Neu waren bewusst eingesetzte Regelüberschreitungen („ziviler Ungehorsam“) insbesondere durch symbolische Banküberfälle.

Bundesweiter Bildungsstreik – kaum begonnen schon zerronnen?

„Nach dem Streik ist vor dem Streik“ – so klang es vielerorts nach dem massiven Erfolg des Protestes. Selbst die Politik sah sich gezwungen, sich zu den Protesten zu positionieren. Zwar benannte Schavan die Proteste als „gestrig“, ließ sich nach dem bewusst aufgebauten öffentlichen Druck dennoch auf ein Gespräch mit BildungsaktivistInnen ein. Ein PR-Gag? Im Vorwahl-

kampf wäre ein solcher nicht von der Hand zu weisen. Enttäuschend war das Gespräch für die TeilnehmerInnen allemal, denn Zugeständnisse wie die Abschaffung von Quoten beim Übergang vom Bachelor zum Master lassen praktische Durch- und Umsetzungsfragen auftauchen, die weder beantwortet noch in den vergangenen knapp zwei Monaten angegangen wurden.

Neben der Auswertung und Nachbereitung des Bildungsstreiks 2009 stellen sich aktuell Fragen nach den Perspektiven langfristig geplanter Proteste. Eine der zentralen Fragen die sich stellt: Wird es eine weitere Bildungsstreikwoche oder aber dezentral koordinierte Einzelaktionen geben? Wer nimmt die Organisation in die Hand? Sich den bislang mit-schwingenden Koordinierungs- und Kommunikationsunwegsamkeiten wohl bewusst, planen BildungsaktivistInnen jedoch bereits an weiteren Aktionen für den Beginn des neuen Schuljahres Mitte August/Anfang September, und den Beginn des Hochschulseesters Anfang / Mitte Oktober.

Trotz Schulgeldfreiheit:

Kann man sich die Schule noch leisten?

Mit Bezug auf § 54 Abs. 1 und 2 Satz 1 des Schulgesetzes, der das Land verpflichtet, das Schulwesen so zu fördern, dass alle in Niedersachsen wohnenden Schülerinnen und Schüler ihr Recht auf Bildung verwirklichen können, hat die Landtagsfraktion der Linken einen umfassenden Fragenkatalog entwickelt, dessen Beantwortung nun als Landtags-Drucksache 16/1445 vorgelegt wurde.

Befürchtet wurde, dass Bildung an öffentlichen Schulen inzwischen Zusatzausgaben erforderlich macht, die nicht mehr von jeder Familie geleistet werden können.

Für die Linken stellte sich zudem die Frage, ob die Landesregierung einen Anstieg der pri-

vaten Kosten in der Schulbildung akzeptiert bzw. sogar gar aktiv fördert. Auch wenn die anteiligen Ausgaben des Landes pro Schülerin und Schüler seit dem Jahr 2000 um 100 Euro auf 3.700 Euro gestiegen sind und das Haushaltsvolumen für den Bildungsbereich seit 2002 von 3,75 auf 4,38 Mio. Euro angestockt wurde, sind die Kosten nicht unerheblich, die die Eltern trotz Schulgeldfreiheit inzwischen zu tragen haben.

2007 waren in Niedersachsen 14,6 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet, also etwa jeder siebte Einwohner. Da die amtliche Schulstatistik keine Sozialdaten von Schülerinnen und Schülern erfasst, liegen dem MK keine Angaben darüber vor, auf

Offene Baustellen stellen dabei die (Weiter-)Arbeit an einem alternativen Bildungsverständnis, die Konkretisierung der Forderungen und Ziele sowie die Erarbeitung von Alternativen zur aktuellen Sozial- und Bildungspolitik dar. Einer der Kernpunkte ist der Ausbau der Vernetzungsstrukturen bezüglich ErzieherInnen, SozialpädagogInnen, Montagsprotesten und bereits bestehenden Bündnissen wie dem Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“.

Je weiter der massive Umbau des Bildungssystems voranschreitet desto länger scheint die Liste der Forderungen der AktivistInnen zu werden. Insbesondere durch die Bundestagswahlen scheint die Möglichkeit eröffnet, Forderungen zu platzieren und die Parteien zu konkreten Zugeständnissen zu bewegen gegeben. Zu befürchten ist allerdings, dass die schlimmsten Spitzen aktueller Bildungstransformation genommen werden, sich aber an der zunehmenden Ökonomisierung, Zweckentfremdung und Managementisierung des Bildungssystems ändern wird. Es wird die Aufgabe nicht nur der bislang Aktiven sein, darauf zu achten, dass Wahlversprechen mehr als nur Lippenbekenntnisse bleiben.

Außerparlamentarischer Protest muss an Kraft gewinnen

Gewerkschaften, insbesondere die GEW als Bildungsgewerkschaft, müssen aktiver und offensiver werden, wenn es um Bildung geht. Das Verfassen von Papieren oder der Appell an PolitikerInnen verhalten zunehmend. Um den Kampf für freie Bildung und das Recht auf Bildung, gegen den zunehmenden Abbau des Sozialstaates, für Selbstbestimmung, für die Freiheit von Forschung und Lehre etc. ein entscheidendes Stück weiter voranzubringen, muss der außerparlamentarische Protest entschieden an Kraft gewinnen.

Ob sich die in den vergangenen Monaten aufgebauten Strukturen des Bildungsstreiks über das Sommerloch retten können, bleibt abzuwarten. Erstrebenswert wäre es alle Male, denn nur durch die Weiterführung des Kampfes kann sich etwas nachhaltig ändern.

ELKE MICHAUK

Specherin des Landesausschusses der Studentinnen und Studenten (LASS); Kontakt: lass@gew-nds.de

Sozialdaten von Schülern werden nicht erfasst

Die Entwicklung der Landesausgaben für die entgeltliche Ausleihe von Lernmitteln für sozial schwache Schülerinnen und Schüler erhöhte sich seit dem Schuljahr 2005/06 von 2,753 auf 3,430 Euro im Schuljahr 2008/09. Durchschnittlich wird jede bedürftige Schülerin bzw. jeder bedürftige Schüler mit 32,52 Euro unterstützt. Das durchschnittliche Entgelt der Schulen betrug im Schuljahr 2008/09 hingegen 40,88 Euro. Hier „spart“ das Land, weil sich die betreffenden Schülerinnen und Schüler überwiegend in den Schulformen befinden, die geringere Schulbuchkosten ausweisen, denn am Gymnasium werden die Eltern z. B. mit durchschnittlich 55,77 Euro zur Kasse gebeten. Weitere belastbare Zahlen zum Thema Lernmittelausleihe liegen dem MK nicht vor. Sie sollen auch nicht erhoben werden, da dieses in einem unverhältnismäßig hohen Aufwand zum erwarteten Erkenntnisgewinn stünde. Ein Fazit gibt es aus Sicht der Landesregierung trotzdem: Die Lernmittelausleihe stellt insgesamt ein kostengünstiges und sozial ausgewogenes Angebot für die Eltern in Niedersachsen dar. Niemand werde über Gebühr belastet.

Erstausstattung für Schulanfängerinnen und -anfänger

Auch wenn der Landesregierung keine empirischen Zahlen über die Kosten vorliegen, die die Erziehungsberechtigten im Rahmen der Erstausstattung für Schulanfänger aufzubringen haben, geht sie davon aus, dass mit Kosten von ca. 250 Euro zu rechnen ist. Die Schulen seien jedoch bemüht, bei den Anforderungen an die Erstausstattung auf die Situation der Eltern im Einzugsbereich Rücksicht zu nehmen. Hinzu käme außerdem die häusliche Ausstattung mit Schreibtisch und Stuhl für ca. 380 Euro.

Kosten für Verpflegung, Kopien und Unterrichtsmaterialien

Auch hinsichtlich der Kosten für die Mittagverpflegung ist die Datenlage dünn. Weder ist bekannt, wie viele Kinder und Jugendliche ein Mittagessen angeboten bekommen, noch, wie hoch die Kosten sind. Die Landesregierung geht aber davon aus, dass der Eigenanteil für bedürftige Schülerinnen und Schüler bei 1,03 bzw. ab dem 14. Lebensjahr bei 1,37 Euro liegt.

Auch hinsichtlich der Möglichkeit, Schulbibliotheken benutzen zu können, kann das MK keine Angaben machen; auch hier wäre eine Erhebung angeblich zu aufwendig. Eine weitere Fehlmeldung ist hinsichtlich der Pauschalen für Kopien zu verzeichnen: Das Kopieren an Schulen würde in der Regel im Rahmen von Budgetvorgaben ohne weitergehende Kontrolle durch die Schulträger von den Schulen selbstständig abgewickelt. Gemäß § 71 Abs. 1 NSchG seien die Erziehungsberechtigten verpflichtet, die Schülerinnen und Schüler für den Unterricht und sonstige Schulveranstaltungen zweckentsprechend auszustatten. Hierzu zähle auch der Beitrag für Kopien. Pauschalen müssten den tatsächlichen durchschnittlichen Kosten in etwa entsprechen und seien auch durch die Regel-



Foto: Marco Stepniak / imago

Welche zusätzlichen Kosten müssen Eltern für den Schulbesuch ihrer Kinder aufbringen?
Das MK konnte eine Parlamentarische Anfrage der LINKEN nur unvollständig beantworten.

satzleistungen des Sozialgesetzbuches abgedeckt. Belastbare Zahlen für weitere für den Unterricht notwendige Materialien und Gegenstände sowie für die Kosten von Nachhilfeunterricht liegen ebenfalls nicht vor.

Kosten für den Einsatz von Computern

Auch wenn die Landesregierung dem Einsatz von Computern große Bedeutung beimisst, Informationen darüber, wie viele Schülerinnen und Schüler Computer nutzen können, hat sie nicht. Immerhin ist aber bekannt, dass 205 Schulen beim Notebook-Projekt angemeldet sind und ca. 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Notebookklassen durch einen Bildungsfonds unterstützt werden müssen, um die Kosten von 20 bis 29 Euro je Leasinggerät tragen zu können.

Schüler-Bafög

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die Anspruch auf Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz haben, ist seit 2000 von 18.192 auf 26.518 gestiegen. Der durchschnittliche Förderbetrag hat sich in diesem Zeitraum allerdings von 299,65 auf 187,39 Euro erheblich verringert.

Entwicklung der Privatschulen

Insbesondere im allgemein bildenden Bereich ist die Zahl der Privatschulen seit 2000 deutlich von 117 auf 152 Schulen gestiegen. Im Bereich der Grundschule hat sie sich von 7 auf 15 mehr als verdoppelt und auch die Zahl der kombinierten Sek I-Schulen in freier Trägerschaft stieg von 17 auf 24. Mit 35 Gymnasien gibt es 2008 fünf mehr als im Jahr 2000. Die Gesamtschülerzahl stieg von rund 44.000 auf 51.387. Im berufsbildenden Bereich wurden 2008 gut 18.000 Schülerinnen und Schüler in 127 Schulen in freier Trägerschaft beschult (2000: 117). Daten zur Höhe des Schulgeldes liegen der Landesregierung nicht vor. Weil der damit verbundene Aufwand in keinem Verhältnis zu den daraus abzuleiten-

den Erkenntnissen führe, sei auch nicht beabsichtigt, eine umfassende Abfrage bei allen Schulträgern zur Schulgeldhöhe vorzunehmen.

Privater Finanzierungsanteil soll sinken

Zugegeben, die Fragen der Landtagsfraktion der Linken sind umfassend und detailliert. Es erstaunt aber schon, wie viele Daten von der Landesregierung gar nicht erfasst werden bzw. auch – mit der Begründung, eine Erhebung sei mit einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand verbunden – gar nicht erfasst werden sollen. Aus Sicht der Landesregierung steht hinsichtlich der Kosten mit dem niedersächsischen Bildungssystem alles zum Besten. Familien, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht vollständig aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten können, würde dank staatlicher Maßnahmen des Bundes und Lernmittelhilfe und Mittagessenszuschuss des Landes sowie ggf. mittels verschiedener regional tätiger Sozialfonds oder privater Stiftungen ausreichend geholfen.

Ansonsten wird es die Eigenverantwortliche Schule schon richten, denn sie bringt die Anforderungen der Schule an die Ausstattung mit Arbeitsmaterialien mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Erziehungsberechtigten in Einklang. Und somit sieht die Landesregierung das Recht eines jeden auf Bildung in Niedersachsen als gesichert an. Für die kommenden Jahre kündigt sie sogar mit Blick auf geplante modifizierte Regelungen der Beteiligung der Bildungsteilnehmer/innen – wie z. B. beitragsfreie Kindergartenjahre – spürbare Verringerungen des privaten Finanzierungsanteils an. Auch eine verkürzte Schulzeit spart Kosten, ganz einfach. Die abschließende Antwort auf die Frage, ob sich jede niedersächsische Familie die Schulkosten aber überhaupt noch leisten kann, steht trotz der vorgelegten Unterrichtung des Landtages weiterhin aus.

CORDULA MIELKE

„WechselWeise“: Mentoring der GEW-Frauen

Niedersachsen ist bei diesem Pilotprojekt dabei!

VON WENCKE HLYNSDÓTTIR

Die aktuelle Mitgliederentwicklung der GEW spiegelt sich in den folgenden wesentlichen Punkten:

- Der Frauenanteil an der Mitgliedschaft unserer Gewerkschaft ist hoch, in Zahlen gesprochen beträgt er 69,2 Prozent.
- Der Frauenanteil in den Funktionsstellen unserer Gewerkschaft spiegelt bei weitem nicht diese proportionale Verteilung wider.
- Der Gesamt-Mitgliederbestand nach Alter (Abb. 1) und Geschlecht (Abb. 2) gliedert sich wie folgt:

Das sind keine neuen Nachrichten, auch nicht, dass es vielfältige Ursachen dafür gibt.

Diesen Tatsachen woll(t)en die GEW-Frauen im Bundesfrauenausschuss und der Vorstandsbereich Frauenpolitik nicht mehr länger mit Scheuklappen begegnen und initiierten ein Mentoring mit professioneller Begleitung.

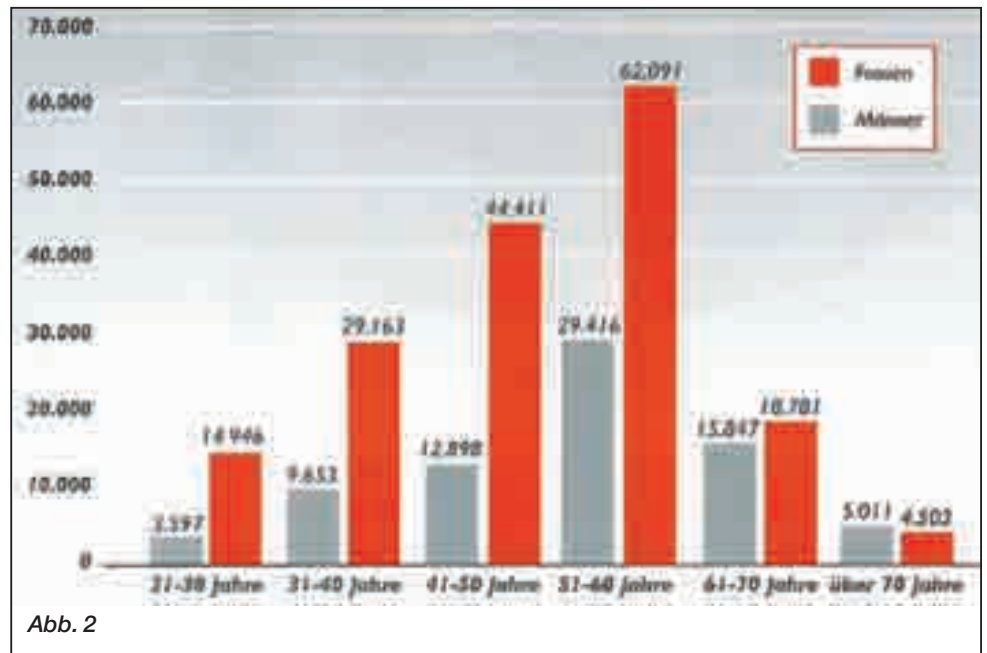
Mentoring – Was ist das?

Mentoring ist im Kern „Kommunikation und Begleitung bei Veränderungsprozessen“. Es geht darum, Erfahrungen und Wissen weiter zu geben, dabei aber nicht auszuschließen, dass im Prozess stets neue Erfahrungen, neues Wissen, neue Erkenntnisse und Sicherheiten hinzu gewonnen werden.

Kernstück des Mentoring ist dabei der persönliche Austausch zwischen der Mentee und ihrer Mentorin/ihrem Mentor.

Grundlegend für die Mentoring-Beziehung ist, dass es sich um eine gleichberechtigte Austauschbeziehung handelt, die trotz eventuell vorhandener Alters- und Erfahrungsunterschiede nicht hierarchisch geprägt sein sollte. Dem Grundgedanken folgend ist die Mentoring-Beziehung geschlechtsneutral, d.h. dass sowohl Frauen als auch Männer als Mentees oder MentorInnen in Frage kommen.

Angesicht der eingangs geschilderten Daten bietet es sich allerdings an, Mentoring-Programme ausschließlich für weibliche Men-



tees zu konzipieren, um Frauen in unserer Gewerkschaft neue Möglichkeiten zu eröffnen, Verantwortung zu übernehmen und ihnen den Zugang zu Funktionsstellen zu erleichtern. (Abb. 3)

„WechselWeise“ Mentoring der GEW-Frauen

Im vergangenen November startete das Pilotprojekt in Fulda: Dieses Mentoring-Projekt will jüngere Frauen, die bereits Mitglied in der GEW sind, für ein verstärktes Engagement und die Übernahme von Funktionen motivieren. Die Mentees werden von Mentorinnen (jeweils aus dem gleichen Landesverband) begleitet, die selbst als Mitglieder im Bundesfrauenausschuss Erfahrungen und Wissen in und über die GEW gesammelt haben. Im Mentoring-Prozess werden diese Erfahrungen und das Wissen an die Mentees weitergegeben. Dabei versteht sich das

Programm als Maßnahme zur Organisationsentwicklung, die mit Hilfe eines organisierten Generationendialogs zum Wissens- und Erfahrungsmanagement innerhalb der GEW beitragen will.

Das Mentoring-Projekt ist auf 15 Monate angelegt. In diesem Zeitraum finden Rahmenveranstaltungen statt und die Mentorinnen und Mentees treffen sich, wie sie es individuell für sich festgelegt haben.

Wie bereits gesagt ist die Beziehung zwischen Mentee und Mentorin das Kernstück des Projekts. Um den Erfolg eines solchen zu gewährleisten, ist es jedoch sinnvoll, diese Beziehung professionell zu begleiten, die Teilnehmerinnen in ihre jeweiligen Rollen einzuführen und ihnen die Möglichkeit zur Reflexion zu geben. Das Fundament dafür bilden die drei Hauptveranstaltungen zu Beginn, in der Mitte und am Ende des Programms mit professionellen Moderatorinnen von außen sowie begleitende Veranstaltungen, wie der Generationendialog, die Fachtagung FrauenStärken und die Sitzungen des Bundesfrauenausschusses.

Für Mentees bietet das Programm speziell ein Empowerment-Seminar an, das das Ziel verfolgt, die Anliegen der Mentees in der GEW oder am Arbeitsplatz voran zu bringen. Im Seminar arbeiten wir an unseren Stärken und inneren Anliegen, wir definieren Ziele für uns und kommen mit den anderen in Austausch. Wir bekommen das Handwerkszeug für die Herausforderungen des gewerkschaftlichen und beruflichen Alltags, um so den eigenen Handlungsradius



Abb. 3



Abb. 4



Abb. 5. EuW-Autorin Wencke Hlynsdóttir, die Referatsleiterin für Frauenpolitik Ute Wiesenäcker und die Vorsitzende des Landesfrauenausschusses Irene Meyer-Herbst.

und die Handlungssicherheit zu erweitern. (Abb. 4)

„WechselWeise“

Zusammengefunden für das erstmals in der GEW laufende Projekt haben sich acht Mentees und zehn Mentorinnen aus acht Landesverbänden. Nach intensiver Diskussion hatte unser Projekt auch einen Namen: „WechselWeise“; assoziiert er doch einige Zielsetzungen, die wir mit dem Mentoring verbinden (die ich an dieser Stelle aber nicht verraten möchte, damit ihr euch eigene Gedanken machen könnt).

Unsere Zielsetzung ist die Kooperation von i.d.R. zwei Personen (Tandems), die sich auf unterschiedlichen „Karriereleitersproszen“ befinden, wobei die Erfahrene (Mentorin) mit der weniger Erfahrenen (Mentee) in einen persönlichen Austausch tritt, um einen Veränderungsprozess einzuleiten und zu begleiten.

So unterschiedlich die Startbedingungen der Tandems waren, so verschieden sind auch ihre bisherigen Entwicklungen. Auf un-

serer Feedback-Veranstaltung im Juni wurde deutlich, wie individuell die Beziehungen geartet sind. So ist eine Mentee bereits zur Gesamtfrauenvertreterin Berlins gewachsen, während eine andere völlig damit zufrieden ist, ihre Mentorin zu Sitzungen verschiedener Gremien zu begleiten, um in Ruhe die „verwirrenden und verkrusteten“ Strukturen unserer Organisation zu studieren.

Tatsächlich sind die Zielgruppen bei uns recht differenziert. So bilden z.B. ehrenamtlich tätige Mitglieder und hauptamtliche Mitglieder Tandems oder (neben diesem grundlegenden Strukturmerkmal) das Maß der Erfahrung in der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die sich z.B. in der Dauer der Tätigkeit ausdrückt, bildet ein Kriterium zur Tandembildung. Auch haben wir interessierte Neumitglieder, die in die Zusammenhänge gewerkschaftlicher Arbeit eingeführt werden.

„Tridem“ in Niedersachsen

Mir zur Seite stehen die Referatsleiterin für Frauenpolitik in Niedersachsen Ute Wiesenäcker und die Vorsitzende des Landes-

LesePeter der AJuM der GEW



Der LesePeter ist die Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter www.ajum.de abrufbar.

Im August 2009 erhält den LesePeter das Bilderbuch: Deborah Noyes & Bagram Ibatoulline: **Hannah in der Zeit der Tulpen**, Berlin: Jacoby & Stuart 2009, 32 S., geb., 14,90 Euro, ab 4 J

Die Bilder sind im Stil der alten holländischen Meister (Rembrandt van Rijn spielt auch mit), der Text erzählt von der Spekulationsblase und deren Platzen um die Tulpenzwiebeln 1637. Im zweiten Mittelpunkt steht das ausgesprochen liebevolle Verhältnis von Vater und Tochter. Für den Kunst-, Politik- und Geschichtsunterricht geeignet.



frauenausschuss Niedersachsen Irene Meyer-Herbst. Wäre ich noch nicht in beiden Gremien Mitglied gewesen, so wäre ich es spätestens seit unserem Mentoring. (Abb. 5)

Als äußerst bereichernd empfinde ich das Zusammenkommen frauen- und bildungspolitisch interessierter (kritischer) Frauen auf unseren länderübergreifenden Treffen. Aber auch für die laufende Arbeit im Referat und im LFA gewinne ich durch das Mentoring an Motivation und Kraft. Unsere gemeinsamen Ziele stehen deutlich und vielleicht auch greifbar vor uns. Ermöglicht haben das einerseits die professionell begleiteten Tandem-Treffen, die Raum bieten, sehr ehrlich und offen miteinander umzugehen, was auch bedeuten kann, das eigene Verhalten kritisch zu reflektieren.

Andererseits sind gerade die privaten Treffen fruchtbar, da wir unsere weiteren Ziele gemeinsam stecken und diskutieren können. Eines davon ist das Einfließen der Ergebnisse des Programms und der Erfahrungen mit dem Instrument Mentoring in den Landesverband, damit auch auf Landesebene ein funktionierendes Instrument der Nachwuchsförderung für den anstehenden Generationenwechsel angeboten werden kann. (Abb. 5)

In diesem Sinne freue ich mich auf ein bereits jetzt schon erfolgreiches Projekt und vor allem auf die Konsequenzen, die es mit sich bringt ...

Frauen in der GEW

Aktiv für Bildung und Gleichstellung

„Mein Herz ist jedes Mal in Feststimmung, wenn eine Frau aus dem Schatten hervortritt.“

Mariama Bâ



Abb. 5

Das „Versteckspiel“ rechter Schülerinnen und Schüler

Die unterschätzte Gefahr



Jugendliche sind besonders anfällig für rechtsextreme Einflussnahme und für Anwerbeversuche. Oft fallen sie in Schule und Jugendarbeit jedoch nicht auf, weil es zu ihrer Strategie gehört sich nicht politisch zu outen.

Knapp zwei Wochen lang rauschte es im Blätterwald, dann war das Thema – wieder einmal – durch. Gemeint ist die Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) unter der Leitung des früheren Justizministers Christian Pfeiffer, der zufolge deutlich mehr Schülerinnen und Schüler in rechtsextremen Gruppen und Kameradschaften organisiert sind, als gemeinhin vermutet und vom Verfassungsschutz kolportiert wird. Die KFN-Studie, die auf der Befragung von knapp 45.000 NeuntklässlerInnen aus 61 repräsentativ ausgewählten Landkreisen und kreisfreien Städten basierte, ergab, dass durchschnittlich 3,8 Prozent der NeuntklässlerInnen hierzulande nach eigenen Angaben Mitglied in einer rechtsextremen Gruppierung sind.

3,8 Prozent der Neuntklässler geben Mitgliedschaft in rechten Gruppierungen zu

In konkreten Zahlen ausgedrückt heißt das: ca. 34.000 Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren bejahen die Frage nach einer Mitgliedschaft, 4,9 Prozent aller Jungen und 2,6 Prozent aller Mädchen. Zum Vergleich: der Verfassungsschutz geht – bezogen auf alle Altersgruppen – von 31.000 Mitgliedern rechtsextremere Organisationen und subkultureller Gruppierungen in Deutschland aus.

Nun mag es sein, dass in den Ergebnissen des KFN auch lockere rechtsextreme Jugendcliquen abgebildet werden, die sich selbst als Kameradschaft verstehen. Andere Forschungsergebnisse über rechtsextreme Einstellungen und Mentalitäten in Deutschland unterstützen jedoch tendenziell die vom KFN vorgelegten Ergebnisse.

Eine aktuelle Studie über politische Einstellungen von Berufsschülern in Sachsen, durchgeführt vom Hannah-Arendt-Institut in Dresden, fördert ebenfalls alarmierende Ergebnisse zutage. „Jeder zweite von allen Befragten räumt eine fremdenfeindliche Grund-

haltung ein. Etwa jeder dritte steht dem Nationalsozialismus nahe und lehnt die gegenwärtige Demokratie ab. Diese Einstellungen sind oft mit Antiamerikanismus ... gekoppelt.“ (taz, 11.06.09) Ein bei der Vorstellung der Studie anwesender Berufsschullehrer aus Leipzig hielt „die Zahlen nach seiner Erfahrung eher noch für untertrieben“. (ebd.)

Schleichende Erosion

Wobei rechtsextreme Einstellungen keineswegs ein Spezifikum von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland sind. Allerdings zeigen die Wahlergebnisse der letzten Jahre eine überdurchschnittliche Unterstützung für die NPD und die DVU durch diese Altersgruppe. Doch insgesamt spiegelt sich in diesen politischen Orientierungen von Jugendlichen eine von der Erwachsenenwelt geprägte Alltagskultur wider, die in erheblichem Maße von rassistischen, antidemokratischen und sozialdarwinistischen Einstellungen durchsetzt ist.

Eine im Jahre 2006 von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Studie kommt u.a. zu dem Ergebnis, dass u.a. 39 Prozent der befragten Deutschen der Aussage zustimmten, dass „Deutschland von Ausländern überfremdet ist“. Und 26 Prozent der Befragten sehnen sich nach einer „einzigen starken Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“. Eine weitere Untersuchung, nämlich die auf zehn Jahre angelegte Langzeitstudie unter der Leitung des Bielefelder Sozialforschers Prof. Heitmeyer zum Thema „Deutsche Zustände“ unterstreicht diese schleichende Erosion der demokratischen Kultur. Offensichtlich sind mittlerweile „rechtsextreme Einstellungen gesellschaftsfähig geworden“, so die von der Friedrich-Ebert-Stiftung beauftragten Forscher. So weit, so schlecht.

Doch die zu beobachtende Problematik wird dadurch noch verstärkt, dass gegenüber dieser sich ausbreitenden Landnahme

rechtsextremere Mentalitäten sich auf der anderen Seite in weiten Teilen der Gesellschaft „eine Kultur der Gewöhnung und Ermüdung“ (Anetta Kahane, Leiterin der Amadeu Antonio Stiftung gegen Rechtsextremismus) feststellen lässt. Es ist höchste Zeit, diese Trends zu stoppen und umzukehren – gerade auch unter Schülerinnen und Schülern und jungen Erwachsenen!

Einige Folgerungen für Schule und Jugendarbeit

Die aktive bzw. aktivistische rechtsextreme Bewegung in Deutschland ist zum überwiegenden Teil in ihrer Altersstruktur eine Bewegung von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen. Übrigens keineswegs in erster Linie von Jugendlichen aus der gesellschaftlichen Unterschicht, sondern – gerade auch in führenden Positionen – von Gymnasiasten, jungen Facharbeitern und Studenten.

In der Schule und in der Jugendarbeit haben wir es berufsbedingt also genau mit jener Altersgruppe zu tun, die sich als besonders anfällig erweist für rechtsextreme politisch-kulturelle Einflussnahmen und Anwerbeversuche. Entgegen den bereits angedeuteten aktuellen Forschungsergebnisse über die politische Orientierung und Organisierung eines nicht unerheblichen Teils der deutschen Schülerinnen und Schüler besteht in vielen Kollegien oftmals die Auffassung, dass es an ihrer Schule kein nennenswertes rechtsextremes Potenzial gibt, allenfalls Einzelfälle, jedoch kein besorgniserregender Trend, schon gar nicht in organisierter Form.

Dabei wird nicht selten folgendes übersehen: Rechtsextreme Jugendliche sind heutzutage an ihrem Äußeren nicht automatisch zu erkennen. Der jugendliche Nazi-Skinhead mit typischen Outfit, wie Bomberjacke, Springerstiefel und Glatze, ist zwar noch nicht gänzlich verschwunden, wird aber immer mehr zur Karikatur.

Stattdessen hat sich in der rechtsextremen Szene verstärkt seit den späten 90er Jahren in Hinblick auf Kleidung und Musik ein sich ständig erweiterndes Spektrum von Ausdrucksformen und Symbolen entwickelt, die verschlüsselt oder offen eine rechte politische Orientierung ausdrücken, die für Außenstehende meistens schwer erkennbar ist.

Weites Spektrum von Ausdrucksformen und Symbolen

Welcher Sportlehrer ahnt denn z.B., dass ein Schüler, der allenfalls bisher durch gelegentliche rassistische Stammtischsprüche aufgefallen ist, mit seinen New Balance-Sportschuhen und der Nummer 28 auf dem Trikot sich für Eingeweihte als Anhänger der rechten Szene zu erkennen geben will? Wobei in diesem Falle die 28 (= B und H) ihn als Unterstützer des verbotenen Rechtsrock-Netzwerkes Blood & Honour ausweist und das große N (= Nationalist) auf seinen Sportschuhen seine Grundhaltung unterstreicht.

Oder die Schülerin, die mit Palästinenser-tuch und einem Sweatshirt mit der dezenten Buchstabenkombination AJAB (= All Jews are Bastards) in der Schule herumläuft? Sie präsentiert damit ein Erkennungsmerkmal für Gleichgesinnte, vermittelt gleichzeitig ein Gruppengefühl und transportiert – vermutlich

Foto: Stefan Hassler / Imago

unbemerkt vom Lehrerkollegium – eine eindeutige politische Botschaft.

Noch schwieriger wird es, wenn, wie in den letzten Jahren in der rechtsextremen Jugendszene zu beobachten, Anleihen aus den linken Spektrum entnommen und umgedeutet werden. Beispielsweise ein Che Guevara T-Shirt mit der Aufschrift „Heute wäre er bei uns“, was in der rechten Umdeutung sagen will: Che war Anti-Amerikanist und Befreiungsnationalist gegen die auch in unserem Lande angeblich vorherrschende US-amerikanische Hegemonie. Ein weiterer sehr aktueller Trend, der leicht zu Verwechslungen führen kann: rechte Jugendliche, die im typischen schwarzen Outfit linker Autonomen daherkommen, jedoch in Wirklichkeit Mitglieder der ausgesprochen gewalttätigen „Autonomen Nationalisten“ sind.

Neben diesem Versteckspiel mit rechten Botschaften und Symbolen kommt im Schulalltag noch erschwerend hinzu, dass es in der rechten Szene die strategische Orientierung gibt, sich im Unterricht bzw. allgemein im Schulalltag nicht offensiv politisch zu outen, um zu befürchtenden Repressionen zu entgehen. Bereits die Mitte der 90er Jahre verbotene neonazistische FAP gab in ihren internen Richtlinien zur politischen Arbeit an

der Schule derartige Hinweise an ihre Mitglieder und Sympathisanten.

Neuerdings sind einige Schulen, z.B. im Berliner Raum das Max-Taut-Oberstufenzentrum in Lichtenberg und die Hermann-Tietz-Schule in Marzahn dazu übergegangen, in ihren Schulordnungen „das Tragen von Springerstiefeln und von Bekleidungsmarken, die in der rechtsextremen Jugendszene symbol- und bekenntnishaften Charakter haben“, zu verbieten. Derartige Maßgaben können hilfreich sein, sie bleiben andererseits jedoch recht zahnlos, wenn keine ausreichenden Kenntnisse über den rechten Lifestyle und die vielfältigen Versteckspiel-Möglichkeiten bestehen. Fundierte Kenntnisse in den Kollegien sind aber unabdingbar, wenn man frühzeitig, differenziert und politisch kompetent auf sich herausbildende rechtsextreme Tendenzen und Erscheinungsformen unter der Schülerschaft reagieren will und angemessene präventive und – notfalls – administrative Maßnahmen ergreifen will.

Eine wertvolle Arbeitshilfe für den Schulalltag

Eine empfehlenswerte, sehr fundierte und praxisnahe Handreichung bietet in diesem Zusammenhang die Broschüre „Versteck-

spiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen“. Die 40-seitige Broschüre der Agentur für soziale Perspektiven (ASP) aus Berlin, die in kürzeren Abständen immer wieder aktualisiert wird, hat seit ihrem ersten Erscheinen im Jahre 2001 bereits eine Auflage von 85.000 Exemplaren zu verzeichnen. In der aktuell vorliegenden 10. Auflage werden etwa 150 bekannte Symbole und Codes der rechtsextremen Szene abgebildet und (auch verbotsrechtlich) analysiert. Diese Broschüre bietet eine rasche und einfach handhabbare Orientierungshilfe für politische Interventionen im Bereich rechtsextremer Jugendkultur.

Zu beziehen ist die Broschüre zum Preis von 3,- Euro (plus Rückporto in Briefmarken) bei: rat-reihe antifaschistischer Texte; c/o Schwarzmarkt; Kleiner Schäferkamp 46; 20357 Hamburg. Größere Bestellungen auch direkt bei der Agentur für soziale Perspektiven, Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin, Tel. 030 - 610 764 62.

RALF BEDUHN

Anm. der Redaktion: Der Verfasser leitet seit 20 Jahren an der KGS Leeste eine Arbeitsgemeinschaft zum Thema „Gegen Rassismus und Neofaschismus – Antifa“ und steht für weitere Tipps und Anfragen zur Verfügung unter: ralfbeduhn@gmx.de

Schüler der Realschule am Röddenberg in Osterode/Harz gewinnen bundesweiten Schülerwettbewerb zur Geschichte des „2. Mai 1933“

Das kritische Bewusstsein stärken



Preisverleihung. Der Wahlpflichtkurs Geschichte Klasse 8 der Realschule Osterode zusammen mit Lehrerin Ingeborg Strieben, der Sächsischen Kultusministerin Dr. Eva-Maria Stange (rechts) und dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske bei der Preisverleihung.

Mit großer Freude reagierten die Schülerinnen und Schüler des Wahlpflichtkurses Geschichte Klasse 8, als ihnen ihre Lehrerin Ingeborg Strieben mitteilte, dass sie mit ihrem Wettbewerbsbeitrag über die Ereignisse am 2. Mai 1933 in ihrer Heimatstadt Osterode und die Zerschlagung der Gewerkschaften den ersten Preis gewonnen haben.

Veranstaltet hat den Schülerwettbewerb die GIRO, Gewerkschaftliche Immobiliengesellschaft für Restitutionsobjekte in Zusam-

menarbeit mit den Landesbezirken des DGB unter Schirmherrschaft der Sächsischen Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Dr. Eva-Maria Stange, für Schüler der 8. bis 11. Klassen aller Schulformen. Die Aufgabe war, am Beispiel eines Gewerkschaftshauses der eigenen Stadt oder Region die Geschehnisse des 2. Mai 1933, die Überfälle auf die Gewerkschaftshäuser im Detail, sozusagen mit Namen und Adresse zu erforschen und im historisch-politischen Zusammenhang darzustellen. Die geschichtliche Erinnerung wach-

zu halten und das kritische Bewusstsein gegen Neonazis zu stärken, ist nach den Worten des GIRO-Geschäftsführers Nikolaus Hüwe das Ziel des Schülerwettbewerbs. Mehrere hundert Schülerinnen und Schüler haben an diesem lebendigen Geschichtsunterricht teilgenommen. Wochenlang hatten die zehn Schülerinnen und Schüler aus Osterode mit großem Interesse im Wahlpflichtkurs an verschiedenen Orten ihrer Heimatstadt recherchiert und ihre Ergebnisse unter der Überschrift „Verfolgt, verdrängt, vergessen!“ zusammengefasst.

Die Sieger wurden für zwei Tage nach Berlin eingeladen und erhielten aus den Händen des Vorsitzenden der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, und der Sächsischen Staatsministerin die Siegerurkunde und einen Scheck über tausend Euro. Der zweite Preis, dotiert mit 750 Euro, ging ebenfalls nach Niedersachsen an ein Team der 10. Klasse des Otto-Hahn-Gymnasiums in Gifhorn. Den dritten Preis und 500 Euro bekamen zwei Schüler der 11. Klasse des Gymnasiums Kronwerk in Rendsburg.

Im Gespräch mit den Preisträgern betonte der ver.di-Vorsitzende, die Verbrechen der Nationalsozialisten seien unvergleichlich. Aktuell geblieben sei die Aufgabe, die Menschenwürde zu schützen und mehr Gerechtigkeit durchzusetzen. Die Wirtschaftskrise zu überwinden, die Arbeitsplätze zu sichern und einen gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen, nannte Bsirske dabei die großen gewerkschaftlichen Herausforderungen.

Lesehinweis

Welche Schule brauchen Kinder?

Andreas Müller: *Mehr ausbrüten, weniger gackern* (Bern 2008)

Seine ironische Provokation „Mehr ausbrüten, weniger gackern“ präzisiert Andres Müller: „Großes Gegacker mit Riesenwirbel, wenn eine Reform die Bühne betritt. Keine Idee, wie die Reform umgesetzt werden könnte, sondern nur, warum sie nicht funktioniert. Meist legt sich die Aufregung dann wieder und bald ist alles wie vorher.“ Das Bildungswesen bediene sich zwar gerne einer modernen Rhetorik und lasse „Hauspoeten wohlklingende Präambeln zu neuen Lehrplänen dichten“, aber die Reformen müssten scheitern, da nicht gefragt würde, welche Schule Kinder eigentlich brauchen, damit sie erfolgreich sein können.

Andreas Müller: Mehr ausbrüten, weniger gackern (Bern 2008)

Denn im Kern setzten sich bei allen Reformen tradierte Strukturen fort. Diese seien z. B. gekennzeichnet durch Jahrgangsklassen, traditionelle Fächer, traditionelle Notengebungen und Prüfungen, Aufteilung von Fächerwissen in „Häppchen“ auf der Basis feingliedriger Lehrpläne, möglichst zeitgleich in herkömmlichen Stundenrhythmen in allen Schulen unterrichtet, damit die zentralen Vergleichsarbeiten und -prüfungen greifen könnten. Da sich das herkömmliche Lehrsystem, strukturdeterminiert und gefangen in alten Mustern, gegen verkürzte Innovationen wehre, sei das Ergebnis eine wahre Kontroll- und Regelungsorgie. In dieser Grundsatzkritik findet der Leser niedersächsische Schulwirklichkeiten wieder, denn die „Eigenverantwortliche Schule“ bleibt im Kern

althergebrachten Strukturen völlig verhaftet und leidet in der Tat an Unselbstständigkeit und Überregulierung (siehe: Zum Problem der Übersteuerung bei der Qualitätsentwicklung von Schule. BG, Februar 2008).

Im Untertitel des Buches

heißt es: „Denn Lernen heißt: Freude am Umgang mit Widerständen – Oder kurz: Vom Was zum Wie!“ Damit meint Müller, dass Lernenden nicht immer nur entgegenschallen darf, WAS gekonnt werden soll. Wege für den individuellen Lernerfolg müssen gefunden werden, das „WIE“ des Lernens gilt es zu entwickeln, das Strategien, Methoden und Werkzeuge des Lernens beinhaltet. Dabei sei aber noch entscheidender, wie Lernende sich selber sähen, an die Welt heranträten und wie sie mit sich und der Welt umgingen.

Andreas Müller lehrt und forscht. In seinem Buch bezieht er sich auf die neuesten lerntheoretischen Erkenntnisse. Er erörtert Zielbestimmungen des Lernens im Kontext der Beschreibung von Entwicklungsprozessen moderner Gesellschaften und daraus abgeleiteten Qualifikationsmustern, die durch Handlungsfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein geprägt sind. Glücklicherweise lebt er nicht im Wolkenkuckucksheim der Theorie, denn er ist auch ein Praktiker, der in seiner Schule in Beatenberg (Schweiz) eine wirklich neue Schule leitet und entwickelt. Müllers Menschenbild und sein Lernverständnis zeigen sich in der ausführlichen Beschreibung



Illustration: Roland Noifjean

Aus: Andreas Müller: „Mehr ausbrüten, weniger gackern“, 2008; S. 55. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von hep verlag ag, Brunnengasse 36, Postfach, 3000 Bern 7, www.hep-verlag.ch

von sechs „lernrelevanten Faktoren“ (LRF): Orientierung · Auseinandersetzung · Arrangements · Evaluation · Interaktion · Lernort.

Deutlich wird deren konkrete praktische Umsetzung und Weiterentwicklung in einer innovativen Binnenschulstruktur und einem neuen System des Lernens, in dem sich die neue Lernkultur wirklich entfaltet. (Zur Grundstruktur der Schule: Die Schule von morgen gibt es schon. BG, Dezember 2007).

Die Neue Max-Brauer-Schule in Hamburg orientiert sich seit mehreren Jahren mit großem Erfolg an dem Konzept Müllers, weitere Beispiele ließen sich anführen. Und auch in Niedersachsen wäre eine Schulentwicklung, bei der mehr ausgebrütet und weniger gackert wird, angebracht, denn: Die Änderungen, die anstehen, sind „grundsätzlich“ und gehen ans „Eingemachte“. Die Einführung von Blockzeiten oder ähnlichen Dingen „... lösen Diskussionen aus und alle laufen wie aufgeschreckte Hühner durchs Gehege, als ob es tatsächlich um etwas gehen würde. Von wegen: Das sind bei Lichte gesehen doch Peanuts, Marginalien.“

Unsere Empfehlung: sehr lesenswert!

WERNER FINK

Lernprozesse stärker individualisieren

Wulf Schmidt-Wulffen: *Motivation und Unterrichtserfolg durch Mitplanung von Schülern*, Baltmannsweiler, 2008

Der Alltagspraktiker mit 23,5 Stunden (oder mehr) wird immer wieder hin- und hergerissen, wie kann man das alles schaffen? Was habe ich gelernt, was kann ich am besten? Zuallererst geht es schließlich um subjektive Bewältigungsstrategien des Schulalltags. Und dann auch noch ein Buch, das gewissermaßen die Elle der Anforderungen an uns noch höher legt, denn geht um Schülermitplanung! „Auch das noch“, wird mancher sagen, „das, was Schüler lernen sollen, ist doch alles vorgegeben!“

Natürlich macht Schmidt-Wulffen es uns und sich nicht einfach, aber er postuliert nicht nur, dass wir mit der besseren Professionalisierung von Lehrern und der Qualitätsentwicklung von Schule vorankommen müssen, sondern er stellt konkret Wege der Unterrichtsumsetzung vor, die eine stärkere Individualisierung

der Lernprozesse und ein stärkeres Eingehen auf die Lernbiographie der Schüler ermöglichen. Er wendet sich konsequent gegen enge Auslegungen der PISA-Konsequenzen im Sinne einer Steigerung des „Methodencocktails“ und bemüht sich um eine „Neudefinition“ (Jürgens) von Schüler- und Lehrerrollen,

An 27 Unterrichtsbeispielen, begrenzt auf die sozialwissenschaftlichen Fächer, wird die neue Lernkultur anschaulich verdeutlicht. Jeder kann sich nun vorstellen, wie es zu machen ist, dass auch in sehr heterogenen Schülergruppen über aktive Einbeziehung aller Schüler der Unterricht interessanter wird, und Motivation ist schließlich ein entscheidender Punkt für das Gelingen von Lernprozessen.

Am Anfang wird aber erst einmal auf gut verständliche Weise zu den Lernbausteinen hingeführt. Neben einer Kurzeinführung in die Erkenntnisse der Hirnforschung und des Konstruktivismus findet auch eine sehr kritische

Auseinandersetzung mit behavioristischen Denkansätzen statt, die noch immer eine große Rolle (gerade auch in der Lehrerausbildung) spielen. Neben den Erkenntnissen aus Lernpsychologie und Pädagogik wird auch die Position der Schüler durch Umfrageergebnisse der Lern(un)Zufriedenheiten und Lernwünsche beleuchtet. Sehr eindringlich werden dann Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft diskutiert.

Bei der abschließenden Evaluierung der durchgeführten Unterrichtsprojekte werden dann Stärken und Grenzen bei Schülern und Lehrern erfragt. Es wird deutlich, dass der vorgestellte Ansatz als Bereicherung und Erweiterung des Alltagsunterrichts, auch unter gegenwärtigen Arbeitsbedingungen, seinen Platz finden kann. Das Buch macht Mut, Neues auszuprobieren, denn S-W konkretisiert und postuliert nicht nur.

Sehr empfehlenswert für die Gestaltung der Alltagspraxis.

WERNER FINK

**Unterschriftenaktion:
Kreis soll Eltern über IGS-
Einführung befragen**

„Die Menschen sollten entscheiden“

„Es geht nicht um die Frage IGS (Integrierte Gesamtschule) Ja oder Nein – es geht nur darum, dass der Landkreis eine Elternbefragung durchführt“, betonte die SPD-Unterbezirksvorsitzende Elke Tonne-York bei der Unterschriften-Sammelaktion des DGB-Ortsverbandes Liebenau-Stolzenau-Uchte in der Nienburger Innenstadt.

Der DGB-Ortsverband um Helmut Adler hatte zu der Aktion alle Unterstützer der vom Kreiselternrat initiierten Unterschriftenaktion eingeladen – und (fast) alle kamen. Vertreter der SPD (unter anderem Bundestagsabgeordneter Sebastian Edathy) der Grünen und der Linken, Gewerkschafter sowie Mitglieder von Kreis- und Stadt Elternrat informierten die Passanten und baten um deren Unterstützung.

Mit dem Ergebnis der Aktion waren DGB-Ortsverbandsvorsitzender Helmut Adler und Elternratsvorsitzender Frank Paul „sehr zufrieden“. Das Echo bei den Menschen, betonte Paul, sei gut. Die Aktion werde sogar von vielen unterstützt, die einer IGS skeptisch ge-



Der DGB-Ortsverband Liebenau-Stolzenau-Uchte sammelte Unterschriften für die Elternbefragung zur Einrichtung einer IGS im Landkreis. Dabei halfen auch Vertreter von SPD, Grünen und Linken sowie Schul- und Kreiselternrat.

genüberstünden, aber der Meinung seien, dass eine Elternbefragung nötig sei. Denn nur so lasse sich ein möglicher Bedarf herausfinden. Dass die Kreistagsmehrheit das ablehne, sei unverständlich.

Der heimische Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy sah das genauso: „Ich bin der Überzeugung, dass der Wille der Eltern und der Kinder maßgeblich ist. Es gibt viele Landkreise wie Schaumburg, wo eine Elternbefragung problemlos möglich war, warum

nicht auch in Nienburg? Die Menschen sollten selbst entscheiden können“, sagte der Bundestagsabgeordnete. Bis zum 21. September soll die Unterschriftenaktion weitergehen. „Einige 1000 Unterschriften“ wollen der Kreiselternrat und die Mitinitiatoren bis dahin gesammelt haben, bisher haben sie mehrere 100, und dann dem Landrat übergeben. Ihre Hoffnung: Wenn die Zahl groß genug ist, werde sich die Kreistagsmehrheit einer Elternbefragung nicht mehr sperren.

Unsere Jubilare im August

Die GEW gratuliert

70 Jahre

Walter Firnhaber (Uetze)
01.08.1939
Manfred Heberlein (Damme)
04.08.1939
Hartmut Scheller (Hannover)
04.08.1939
Ralf Hilgerloh (Hannover)
05.08.1939
Gerd Bechert (Diepholz)
08.08.1939
Ilse Roscher (Northeim)
11.08.1939
Gerhard Vatter (Seevetal)
13.08.1939
Fr.-W. Schmiedhäuser
(Stadthagen), 16.08.1939
Hildegard Hauerken
(Peine), 18.08.1939
Martin Bähge (Göttingen)
19.08.1939
Arend Ihnen (Hage)
19.08.1939

Ekkehard Jander
(Friedeburg), 19.08.1939
Volker Lüdke (Bokel)
19.08.1939
Gerd Willwater (Soltau)
19.08.1939
Arnulf Richter (Aurich)
20.08.1939
Ulrike Teppema (Burgdorf)
22.08.1939

Marianne Bertram
(Braunschweig), 24.08.1939
Waltraut Havekost
(Westerstede), 24.08.1939
Isolde Demmig (Peine)
27.08.1939
Rainer Grimm (Hannover)
27.08.1939
Inge Hupbach (Bad Sachsa)
28.08.1939
Beatrix Bausch (Osnabrück)
29.08.1939

Barbara Grah (Burgdorf)
29.08.1939
Eduard Hoffmann
(Georgsmarienhütte)
30.08.1939
Helgard Weigert
(Wolfenbüttel), 31.08.1939

75 Jahre

Oskar Negt (Hannover)
01.08.1934
Barbara Grobe
(Braunschweig), 03.08.1934
Rolf Elster (Cuxhaven)
05.08.1934
Egbert Henkel
(Hann. Münden), 09.08.1934
Gerda Schmidt (Melle)
13.08.1934
Helmut Werner (Sande)
17.08.1934
Hanscarl Hoffmann
(Tostedt), 21.08.1934

Egbert Grap (Hatten)
23.08.1934
Johannes Heinecke
(Moringen), 25.08.1934
Herwig Hersel
(Barsinghausen), 26.08.1934
Wolfgang Meinert
(Hatten-Sandkrug)
30.08.1934

80 Jahre

Hans Ulbrich (Wilhelmshaven)
08.08.1929
Ingeborg Campe (Salzgitter)
11.08.1929
Günther Winde (Sarstedt)
16.08.1929
Hermann Kohlhoff
(Drochtersen), 27.08.1929

85 Jahre

Ursula Hildebrand
(Braunschweig), 03.08.1924
Hans-Ulrich Fischer
(Bodenfelde), 05.08.1924

87 Jahre

Eberhard Kunz (Alfeld)
01.08.1922

Helmut Jahn (Bovenden)
02.08.1922
Rudolf Schmid (Lingen)
14.08.1922

88 Jahre

Mathilde Eggers (Seelze)
10.08.1921
Eberhard Kabitz
(Bad Lauterberg)
15.08.1921
Edith Zumpe (Grainau)
18.08.1921
Albert Schlichting (Verden)
19.08.1921
Hans Meinert
(Wildeshausen), 30.08.1921

89 Jahre

Günter Petrich (Oldenburg)
04.08.1920

90 Jahre

Annelies Brader (Hannover)
04.08.1919

95 Jahre

Günther Lemke
(Braunschweig), 09.08.1914



Foto: Matthias Stenzel

Hannoversche Seniorinnen und Senioren sehr beeindruckt. Besichtigt wurde unter anderem die Nord/LB. An dem Gebäude imponierte vor allem das innovative Ökokonzept.

Große Interessenbandbreite der GEW-Senioren Hannover

Buddha, Budget, Banken

Immer wieder gelingt es dem Vorstand der Fachgruppe Senioren Hannover-Stadt und -Land, mit seinem Veranstaltungsangebot ein breites Interessentecho unter den GEW-Ruheständlern auszulösen.

1993 wurde in Messenähe das buddhistische Kloster Vien Giac erbaut mit der siebenstöckig aufgetürmten Pagode. Die GEW-Besuchergruppe ließ im großen Saal ihre Blicke über meditierende Sitzgruppen hin zu prachtvollen Pretiosen und gewaltigen Statuen gleiten: Vieles ist in Gold, was da glänzt! Ein Laienschüler klärte auf über Leben und Lehre Buddhas, der „auch nur ein Mensch“ gewesen sei, ohne Jünger, aber viele Anhänger verzweigten seine Lehre in die vielen Richtungen, die bis heute den Buddhismus ausmachen. Welche Richtung in dieser Pagode bestimmend ist, war offenbar die falsch gestellte Frage. „Alles was gut ist, alles was hilft, ist richtig!“ Der Buddhismus kennt keine Dogmen und erlaubt alles in Frage zu stellen. Die Zugehörigkeit zum Buddhismus schließt nicht die zu einer anderen Religion aus: „Du kannst Christ bleiben und Buddhas Lehren zur höheren Weisheit folgen.“ So viel Milde, so viel Toleranz!

So versöhnlich kann es in einem kommunalpolitischen Parlament natürlich nicht zugehen. Die GEW-Senioren luden sich ein zur Sitzung der Regionsversammlung, die den Haushaltsentwurf 2009 von Regionspräsident Hauke Jagau (SPD) debattierte. Trotz erhöhter Regionsumlage (zu Lasten der Gemeinden) stieg das Defizit auf fast 500 Millionen Euro an, Gewerbesteuererinnahmen werden weiter sinken, Sozialausgaben steigen. Jetzt streicht Rot-Grün Entschädigungsgelder für ehrenamtliche Betreuer und ein Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr wird nur begrenzt gewährt. So halten sich 2009 die Einnahmen und die Ausgaben noch die Waage. Getagt wird im Neubau am Regionshaus, im zur Hildesheimer Straße transparenten Sitzungssaal. Der Kongress „Bauern für die Zukunft“ verlieh dem Neubau-Team das Deutsche Gütesiegel für nachhaltiges Bauen in Gold, weil es mit Erdsonden und Thermik energiesparendes Vorbild ablieferte.

Einen solchen Preis hätten sich auch die Architekten der 2002 eröffneten neuen Norddeutschen Landesbank verdient. Dipl. Ing. Mareike Rübmann führte die GEW-Gruppe durchs Haus, von der sonnenfrei-

en Empfangshalle bis zum 9. Stock, fast in Augenhöhe mit dem Rathausturm. Der auf 194 Betonpfählen errichtete fugenlose Glasbau (14.000 Scheiben) mit dem Innensee lässt eine angenehme Arbeitsatmosphäre vermuten. Es gibt kein Großraumbüro mehr. Vor allem imponiert das innovative Ökokonzept: Kraftwärmekopplung (Fernwärme), thermische Sonnenkollektoren, Tageslichttechnik seien hier nur einige Stichpunkte. Jährlich wird der CO₂-Ausstoß um 1900 Tonnen gedrosselt. Nachts heißt es in jedem Büro automatisch: Klappe auf, zwecks Kühlung und Lüftung.

Nach der Begehung diskutierten die Teilnehmer natürlich ausführlich die Bankenkrise, z.B. über die Auslagerung toxischer Schrott-, Ramsch- und Risikopapiere an eine Bad Bank. Unter den sieben Landesbanken steht die Nord/LB noch relativ gut da, rote Zahlen schrieb auch sie 2008. Mehrstimmig war zu hören: Nach der Bundestagswahl wird Niedersachsens Schwarz-Gelb privatisieren und so die Sparkassen in die Krise mit hineinziehen ...

Vorsitzende Ursula Többe wurde gefragt: „Was organisierst du als nächstes?“ „Lasst euch überraschen! Es geht um Leibniz!“ MATTHIAS STENZEL

Termine

GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen
Fachgruppe Schulpädagogische Berufe AG Jugendhilfe und Sozialarbeit
in Kooperation mit dem Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen e.V.
4. August 2009

Einladung

Willing in Bewegung – Die Bedeutung von Spiel- und Bewegungserfahrungen für die frühkindliche Bildung und Erziehung

Referat von Frau Prof. Dr. Nicole Zimmer (ZfL Droschke)

Mit anschließender Diskussion und Weiterleitung einer
Reiseleiterin für gute Qualitätsstandards und gegen die Abschaffung
der Raumordnung in Niedersachsen
am 3. September 2009 um 14 Uhr bis 17:30 Uhr
in der Aula der FH Hannover, Stuhlfurthstraße 2

Kostenlos! Veranstaltung durch die freundlichen Mitarbeiter des TSP, Lernbegleitung von Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Auftragsstellen, Zentraleinheit des TSP, Studiengang (gratis). Die einzige Teilnahmegebühr ist ein kleines Geld.

KINDER SIND MEHR WERT...

Es werden uns vorstellen ganz der Natur und Umwelt und
Wissen mit dieser Veranstaltung auch die von der LITPA ausgearbeitete
Lehrpläne – darunter „Kinder sind mehr wert“ und 6. September 2009
anmelden

Referat: Nicole Zimmer
Referat: Nicole Zimmer
Hilke Thiel

GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Niedersachsen
Referat A

Montag, 31. August, 15.30 Uhr,
bis Dienstag, 1. September, 15 Uhr
Akademie des Sports, 30169 Hannover
(Nähe Maschsee)

Tanja Föhr, Innovationszentrum Niedersachsen
GmbH, Referentin für Kommunikation,
Netzwerkmanagement und Bildung

**Projekte managen
leicht gemacht**

Zweitätiges Seminar, bei dem die Teilnehmer/innen nach einer Einführung in die wichtigsten Regeln des Projektmanagements ein Projekt von Anfang bis zum Ende durchführen. Ihr Werkzeugkasten: Projektphasen definieren, Analysen machen, Ziele klären, Projekt strukturieren und planen, Risiken einschätzen, Maßnahmen umsetzen, Teamsitzungen gestalten, Evaluationen machen und Erfolge feiern. Es geht um die Erarbeitung eines Konzepts, wie Schüler/innen an die Befähigung zum Projektmanagement herangeführt werden können und wie Projektmanagement als Element von Unterricht begriffen werden kann.

Donnerstag, 26. November, 10 bis 16 Uhr
Pavillon am Raschplatz, Lister Meile 4, 30161 Hannover
Forum Gymnasium

Wir brauchen eine andere Sek II

Einführung: Prof. Dr. Ulrich Herrmann (Universität Tübingen). Vorstellung und Diskussion eines neuen Konzepts, erarbeitet von einer Arbeitsgruppe der Fachgruppe Gymnasium.

Anmeldung: Karin Fabian, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Berliner Allee 18, 30175 Hannover, Tel. 0511 / 33804-0
K.Fabian@gew-nds.de

Donnerstag, 26. November, 10 bis 16 Uhr
Pavillon am Raschplatz, Lister Meile 4,
30161 Hannover
Forum Gymnasium

Wir brauchen eine andere Sek II

Einführung: Prof. Dr. Ulrich Herrmann (Universität Tübingen). Vorstellung und Diskussion eines neuen Konzepts, erarbeitet von einer Arbeitsgruppe der Fachgruppe Gymnasium.

Anmeldung: Karin Fabian, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Berliner Allee 18, 30175 Hannover, Tel. 0511 / 33804-0
K.Fabian@gew-nds.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Niedersachsen
Referat A

Das Referat A des Landesverbandes lädt ein zu einer Tagesveranstaltung zu den Tarifverhandlungen zur Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte und für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (EGO)

„Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte seid EGOistisch – tut was für Euch!“

Die Tarifverhandlungen zur Entgeltordnung (EGO) für Lehrkräfte und die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes

Datum: 8. September 2009

Zeit: 10.30 – 16.00 Uhr

Ort: Hannover

Teilnehmerzahl: ca. 50

Leitung: Silke Beu und Rüdiger Heitefaut

Referent: Ilse Schaad, Leiterin des Arbeitsbereichs Angestellten- und Beamtenpolitik beim GEW-Hauptvorstand, Frankfurt/M.

Zielgruppe: Die Veranstaltung wendet sich an angestellte Lehrkräfte aller Schulformen und Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst

Folgende Themen werden besprochen:

- Die Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte – wer handelt was mit wem für wen?
- Die aktuellen Tarifverhandlungen zur Entgeltordnung im Sozial- und Erziehungsdienst
- Die Forderungen der GEW für die Beschäftigten
- Besonderheiten in Niedersachsen
- GEW-Tarifarbeit und Durchsetzungsmöglichkeiten gegenüber den Arbeitgebern Länder und Kommunen

Ablauf:

10.30 Uhr Einführung in das Thema, Silke Beu und Rüdiger Heitefaut.

11.00 Uhr Die Verhandlungen zur Entgeltordnung für Lehrkräfte und im Sozial- und Erziehungsdienst – Herausforderungen für die GEW; Referentin: Ilse Schaad, Verhandlungsführerin der GEW; anschließend Diskussion.

12.30 Uhr Mittagspause; 13.30 Uhr.

Forum I: Die Verhandlungen für die Lehrkräfte – Neuland für die Gewerkschaften mit Ilse Schaad.

Forum II: Der aktuelle Konflikt um die Eingruppierung im Sozial- und Erziehungsdienst mit Bernhard Eibeck, GEW-Hauptvorstand (angefragt).

15.00 Uhr Die Tarifarbeit der GEW für Lehrkräfte und Beschäftigte des Sozial- und Erziehungsdienstes – Durchsetzungsmöglichkeiten der Forderungen; ca. 16 Uhr Ende der Tagung.

Anmeldungen bitte an die GEW Niedersachsen, Birgit Engelke, Berliner Allee 16, 30175 Hannover, Tel. 0511 / 33804-20
b.engelke@gew-nds.de

Termine

GÖTTINGER ZENTRUM FÜR DEUTSCHLEHRERINNEN
UND DEUTSCHLEHRER (ZfD)
im Jacob-Grimm-Haus

Rückenwind

3. Göttinger DeutschlehrerInnen-Tag

Guter Deutschunterricht braucht Rückenwind, und zwar für SchülerInnen und LehrerInnen. „Die SchülerInnen fördern – die LehrerInnen stärken“ lautet deshalb in Abwandlung eines Wortes Hartmut von Hentigs das Motto des Dritten Göttinger DeutschlehrerInnen-tags, der am **11. und 12. September 2009** stattfindet und zu dem wir Sie herzlich einladen.

Es kommen ...

Ulf Abraham * Moritz Becker * Michael Becker-Mrotzek * Jan Boelmann * Frauke-Jantje Bos * Kathrin Bothe * Ingrid Böttcher * Horst Fröhler * Melanie Fröhlich * Steffen Gailberger * Christine Garbe * Hartmut von Hentig * Gerald Hüther * Claire-Marie Jeske * Vera Kaltwasser * Clemens Kammler * Axel Krommer * Heike Landbeck * Günther Lange * Gerhard Lauer * Werner Mayer * Frauke Meyer-Gosau * Gregor Neuhaus * Karola Penz * Joachim Pfeiffer * Eckhard Schiffer * Michael Steiger * Heike Tiersch * Wolfgang Wangerin * Stefan Weber * Susanne Weller

... kommen Sie doch auch!

Sie können sich informieren und anmelden unter:
www.deutschlehrertag.de



SCHAUMBURGER PÄDAGOGISCHE TAGE 2009 Selbstgesteuertes Lernen

Praxiserprobte Anregungen für den Unterricht

Montag, 21. September 2009 –
„Alte Polizei“ Stadthagen
8.45 bis 16.30 Uhr

In Kooperation mit „Arbeit und Leben“
Kreisverband Schaumburg

Themen der Arbeitsgruppen

- AG 1** Selbstständigkeit ist keine Hexerei – Selbstständiges Lernen in der Grundschule
Moderation: Petra Stumpf
(Grundschule Rellinger Straße/Hamburg)
- AG 2** Individualisiertes Lernen durch Arbeit in Lernwerkstätten in der Sekundarstufe I
Moderation: N.N. (Ida Ehre-Gesamtschule Hamburg)
- AG 3** Selbstgesteuertes Lernen in der Oberstufe durch Öffnung des Unterrichts
Moderation: Uwe Timmermann
(Didaktischer Leiter Ida Ehre-Gesamtschule Hamburg)
- AG 4** Von den Alten lernen – „Lerncoaching“ durch ältere Schüler
Moderation: Berit Hausotter (St. Michael-Gymnasium, Bad Münstereifel) & Robert Hein (Trainer und Coach, Wachtberg)

Die Teilnahme ist für Mitglieder des GEW Schaumburg kostenlos.
Gebühr für GEW-KollegInnen aus anderen KVs: 15,00 Euro; Nichtmitglieder: 20,00 Euro

Bei Anmeldung ist die Angabe der AG notwendig.
Für die Tagung kann Sonderurlaub für pädagogische Zwecke beantragt werden.

Anmeldeschluss: 13. September 2009 bei Friedrich Lenz, Habichhorster Str. 50, 31655 Stadthagen, Telefon 057 21 / 12 69, E-Mail: lefri@arcor.de

Einladung der GEW zu einer Fachveranstaltung am 3. September 2009



Bildung in Bewegung. Die Bedeutung von Spiel- und Bewegungsräumen für die frühkindliche Bildung und Entwicklung
Referentin: Prof. Renate Zimmer

Aula der Fachhochschule, Blumhardtstr. 2, Hannover-Kleefeld.
Der Eintritt ist frei. 16.00 bis 17.30 Uhr.

Die Veranstaltung unterstützt den landesweiten Kita-Aktionstag am 04.09.2009, zu dem die Freie Wohlfahrtspflege im Rahmen ihrer Kampagne „Kinder sind mehr wert“ aufgerufen hat. Zusammen mit dem Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen e.V. und weiteren Kooperationspartnern wird eine Stellungnahme gegen die geplante Abschaffung der Raumstandards in Kitas verabschiedet, bisher so vorgesehen im Nds. Modellkommunen-Gesetz, das im Herbst, nach den Bundestagswahlen, verabschiedet werden soll.

Kontakt: Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen Nds./HB e.V.
Maschstraße 30, 30169 Hannover
Tel. 0511 / 1614045, Fax 0511 / 1695341
www.elterninitiativen-nds-hb.de
info@elterninitiativen-nds-hb.de

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung
Landesverband Niedersachsen

17. Niedersächsischer Tag der Politischen Bildung

Donnerstag, 24. September 2009, 9 bis 16 Uhr
Universität Osnabrück
„Europa – Herausforderungen für die Zukunft“

Hauptreferat: „Herausforderungen für die Zukunft der Europäischen Union“ – Elmar Brok – Abgeordneter der CDU für die Region Ostwestfalen-Lippe und Mitglied der EVP-Fraktion des Europaparlaments

DVPB

Und wie geht es weiter mit der europapolitischen Bildung? Die Referentinnen und Referenten setzen sich mit Themen auseinander, die Schule direkt betreffen. Die thematischen Schwerpunktbeiträge des Vormittags werden von Prof. Dr. Detjen und Dr. Ragna Müller bestritten. Sie werfen die großen didaktischen Fragen auf, wie kompliziert ist inzwischen die Europäische Union und wie kann man – trotzdem – europäische Integration vermitteln?

Am Nachmittag finden Workshops/Vorträge in vier Sektionen statt, u.a. mit folgenden Themen:

- Europa: Was geht mich das an?
- Planspiel Europa – Juniorteam-Angebot für Schulen
- Europapolitische Bildung – Standard-Entwicklung an Beispielen aus dem ELOS-Projekt
- Das soziale Europa! Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Europa
- Comenius REAL – Durchführung von Comenius-Treffen an praktischen Beispielen
- Europa-Abgeordnete in die Schule – ein Weg zu mehr Nähe von Politik und Schülern
- Probleme der Politikdidaktik – Informationsgespräch für FachleiterInnen, FachberaterInnen und Mitwirkende

Geleitet werden die Vorträge und Workshops von Referentinnen und Referenten aus dem In- und Ausland. Besonderes Augenmerk dürfte auch das Begleitprogramm im Foyer finden. Hier stellen unterschiedliche Schulen und Bildungsträger europapolitische Angebote vor. Von Comenius-Schulprojekten über den Europäischen Austauschdienst, bis hin zu grenzüberschreitenden außerschulischen Lernorten.

Anmeldungen richten Sie bitte an Roland Freitag, Landesvorstand DVPB, Altenhäger Str. 75, 31558 Hagenburg Tel. 05033 / 7895, Fax 05033 / 69215, freitag.ur@t-online.de

Online-Anmeldung und weitere Informationen: www.dvpb-nds.de
Partner der Veranstaltung sind das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung, das sich auch inhaltlich beteiligt, und die Nord-LB.

RENTE: Wenig Lohn – arm im Alter



Deutschland ist Schlusslicht der 30 OECD-Länder, wenn es um die Rentenhöhe von Geringverdienenden im Vergleich zum nationalen Durchschnittslohn geht. Dieselbe OECD-Studie belegt zudem, dass die Krise die private Rentenvorsorge erreicht hat. Besonders betroffen: Länder wie Irland (- 37,5 Prozent bei den Rentenfonds), Australien (- 26,7 Prozent) und die USA (- 26,2 Prozent). Schuld daran seien die risikanten Anlagestrategien der anglo-amerikanischen Länder. Der Verlust der deutschen Fonds beträgt bisher „nur“ 8,5 Prozent.

ANZEIGEN



Tel 00 39 / 05 47 / 67 27 27
Fax 00 39 / 05 47 / 67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico/Italia
www.real-tours.de
24 h online buchen
E-Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2009 / 2010

6 1/2 Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen € 218,- VP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 4 Tage VP, Ausflüge: Venedig, San Marino, Ravenna.

8 1/2 Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen € 244,- VP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 6 Tage VP, Ausflüge: Urbino & San Marino, Venedig, Ravenna.

Freiplätze CESENATICO 2009/2010: 16 - 20 Schüler 1 Freiplatz, 21 - 35 Schüler 2 Freiplätze, 36 - 45 Schüler 3 Freiplätze, 46 - 60 Schüler 4 Freiplätze.

6 1/2 Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen € 237,- HP, € 264,- VP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 4 Tage HP o. VP, Ausflüge: Florenz, Pisa & Lucca.

8 1/2 Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen € 261,- HP, € 293,- VP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 6 Tage HP o. VP, Ausflüge: Florenz, Pisa & Lucca, Siena & San Gimignano.

6 Tage Busfahrt nach Südtirol mit Ausflügen € 238,- VP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück (keine Nachtfahrt), 5 Tage VP, Ausflüge: Venedig o. Verona, Sterzing, Brixen & Bruneck.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Rom mit Ausflügen € 313,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP im Mittelklassehotel ca. 50 km bis Rom, 4 Tagesfahrten i. d. Stadt mit Programmorschlägen.

6 1/2 Tage Busfahrt zum Gardasee mit Ausflügen € 256,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 4 Tage HP, Ausflüge: Verona, Venedig, Sirmione.

8 1/2 Tage Busfahrt zum Gardasee mit Ausflügen € 298,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 6 Tage HP, Ausflüge: Verona, Venedig, Sirmione, Riva.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Sorrent mit Ausflügen € 313,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück mit Zwischenübernachtung, 7 Tage HP, Ausflüge: Pompeji, Vesuv, Amalfiküste, Neapel/Capri.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Griechenland mit Ausflügen € 355,- HP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, Fähre Ancona - Patras, Ausflüge: Athen, Olympia, Mykene & Epidauros.

8 Tage Busfahrt nach Spanien mit Ausflügen € 264,- HP, € 284,- VP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage HP o. VP, Ausflüge: Barcelona, Montserrat, Figeres & Gerona.

10 Tage Busfahrt nach Spanien mit Ausflügen € 311,- HP, € 325,- VP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP o. VP, Ausflüge: Barcelona, Montserrat, Figeres & Gerona, Fahrt entlang der Küste.

4-Tage-Fahrt nach Berlin ab € 170,- ÜF, 4-Tage-Fahrt nach München ab € 178,- ÜF, 7 1/2 Tage London mit Ausflügen € 385,- HP, 6 Tage Paris mit Ausflügen € 359,- HP, 6 Tage Prag mit Ausflügen € 249,- HP.

NEU +++ Pakete für Fahrten bei eigener Anreise, z. B. per Flug +++ NEU
4-Tage-Fahrt nach Barcelona ab € 188,- ÜF, 4-Tage-Fahrt nach Madrid ab € 196,- ÜF, 4-Tage-Fahrt nach Sevilla ab € 182,- ÜF, 6-Tage-Fahrt nach Spanien / Katalonien € 233,- HP, 6-Tage-Fahrt nach Cesenatico € 189,- VP.

INDIVIDUELL FÜR LEHRER UND BEGLEITER:
Ostern nach Cesenatico € 229,- VP, Herbst nach Cesenatico € 198,- VP.

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2009/2010.

Weitere Informationen auch bei R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf, Telefon 0 83 22 / 800 222, Telefax 0 83 22 / 800 223.

Klassenfahrten nach Berlin

(incl. Transfer, Unterkunft, Programmgestaltung nach Absprache)
Biss, Fichtestr. 30, 10967 Berlin
Telefon (0 30) 6 93 65 30
www.berlin-mit-biss.de

Die Klassenfahrtseite

jede Woche neue Angebote

www.schulfahrt.de

Tel. 0 35 04/64 33-0

Klassenfahrt

mit Kanu und Padelboot durchs Dahmeland und Spreewald, Vollpension, 24-h-Service, Betreuer frei, sehr preiswert.

Kanusport Dahmeland, 15757 Halbe, Lindenstr. 47, Tel./Fax 033765/80507
www.kanusport-dahmeland.de

Klassenfahrten auf den Bauernhof - Landwirtschaft (er)leben

www.internationaler-schulbauernhof.de
Ansprechp: Axel Unger - Tel (0 55 05) 30 55

Schüler-Gruppenreisen

Hier stimmen Preis und Leistung - europaweit

Alle Reisen inkl. Ausflugsprogramm
- 5 1/2 Tage London, 3 x ÜF ab € 149,-
- 5 1/2 Tage Trentino, 4 x HP ab € 145,-
- 6 1/2 Tage Gardasee, 4 x HP ab € 159,-
- 6 1/2 Tage Rom, 4 x ÜF ab € 164,-
- 7 1/2 Tage Toskana, 5 x HP ab € 185,-
- 7 1/2 Tage Ital. Adria, 5 x HP ab € 174,-
- 7 1/2 Tage Spanien, 5 x HP ab € 154,-
- 5 Tage Prag, 4 x ÜF ab € 92,-

Fordern Sie jetzt unverbindlich und kostenlos Ihr individuelles Angebot an.

49733 Haren - Kruppstr. 6
Tel.: 0 59 32 / 40 66 - Fax: 41 65
E-Mail: Info@Gravelaar.de
Reiseveranstalter - Busunternehmer

Gravelaar REISEN

Ihre Reiseleiter
in PARIS
für Klassenfahrten
und Gruppenreisen

vinculum
MUNDI
www.vinculum-mundi.com
Tel.: 00 33 6 74 45 83 99

Klassenfahrten maßgeschneidert

Die neuen Kataloge sind da -
Jetzt kostenlos anfordern!
www.cts-reisen.de



Herforder Straße 75 32657 Lemgo Tel. 05261 2560-0 www.cts-reisen.de

Studienreisen/Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach

WIEN ÜF ab 192,- Euro
BUDAPEST ÜF ab 192,- Euro
LONDON ÜF ab 254,- Euro
PRAG ÜF ab 199,- Euro
PARIS ÜF ab 224,- Euro
ROM ÜF ab 258,- Euro

8-Tage-Busreise z.B. nach

COSTA BRAVA Ü ab 210,- Euro
GARDASEE Ü ab 220,- Euro
SÜDFRANKREICH Ü ab 230,- Euro

Unterbringung in Selbstversorgerunterkünften.
Alle Ausflugsfahrten inklusive!
Flug- und Bahnreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!

REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTRASSE 55a • 44534 LÜNEN
Tel. (0 23 06) 7 57 55-0 • Fax -49 • info@rsb-krause.de • www.rsb-krause.de

Unvergessliche Klassenfahrt ins Heuhotel auf Ponyhof

Streichelzoo, Tobescheune, Grillplatz, Spielwiese, Ponyreiten, Ausritte und vieles mehr. Nur eine Klasse zur Zeit. Tagespreis ab 15,- €.



Bienenbüttel Telefon 05823 / 7367
www.hoflust.de

Der Spezialist für Klassenfahrten ENGLAND

S-E-T s-e-t.de
Tel: 0421-308820

Beamten- und Angestellten-Darlehen

Partner der Nürnberger Versicherung

Festzins 12 Jahre 5,60%, effekt. Jahreszins 5,99%

Beispiel: 30-jährige Beamtin, Festzins 6,50%, Laufzeit 20 Jahre, effekt. Jahreszins 6,89%, 35.000,- € mtl. 322,90 € inkl. Lebensversicherung 60.000,- € mtl. 552,52 € inkl. Lebensversicherung

NEU: auch für Beamte auf Probe und Pensionäre

Gebührenfrei: 0800 / 77 88 000

Fax-Nr.: 05130 / 79 03 95, vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark

jaeckel@beamtendarlehen-center.de
www.beamtendarlehen-center.de

Ostfriesland-Nordsee-Inseln Jugendwerk Brookmerland

5 Tage Halbpension ab 99,00 € !!

Sport- und Erlebnispädagogische Programme für jede Schulform und Altersstufe, z.B. Wattwandern, Surfkurs, Kanutouren etc.

Wir erstellen Ihnen gerne ein unverbindliches Angebot!

Hausbesichtigung vorab möglich

Telefon: 04934 - 80 42 57 Fax - 7827
Leezdorferstraße 70 26529 Leezdorf

www.klassenfahrt-nordsee.de

Lis Guck in die Luft

Ein Cartoon von Peter Baldus



Führung von Girokonten durch die Schulen

Die Stellungnahme des Schulhauptpersonalrates zum Erlasentwurf zur Führung von Girokonten durch die Schulen ist auf der Homepage der GEW-Fraktion des SHPR zu finden.

Erhöhung der Vergütung der Mehrarbeit

Im Rahmen der Besoldungserhöhung sind seit dem 01.03.2009 auch die Beträge der Mehrarbeitsvergütung für Lehrkräfte um 3 Prozent erhöht worden: Gehobener Dienst A 12 = 19,76 €/brutto; gehobener Dienst A 13 = 23,45 €/brutto; höherer Dienst an Gymnasien und Berufsbildenden Schulen sowie Fachhochschulen = 27,40 €/brutto, sonstiger gehobener Dienst = 15,94 €/brutto.

Beratungsbedarf von Schülerinnen und Schülern

Nach Auskunft des MK führen die Schulbehörden keine Untersuchungen zur psychischen Entwicklung der Schülerinnen und Schüler durch. Nicht bestritten werden vom MK jedoch die Zahlen, die durch verschiedene Studien belegt sind: Bei ca. 18 bis 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen zwischen 7 und 18 Jahren sei mit psychischen Auffälligkeiten zu rechnen ist. Die Hälfte davon befindet sich in psychotherapeutischer Behandlung (LT-Drucksache 16/1445, Seite 47). Zurzeit ist allerdings nicht absehbar, dass die Landesregierung diese Erkenntnis bei der Neustrukturierung des Beratungs- und Unterstützungssystems sowie dem Erhalt der Schulpsychologie zu berücksichtigen gedenkt.

Sperrfrist für Einstellung in Beamtenverhältnis

Einer Bewerberin wurde in NRW die Einstellung in den Schuldienst verweigert, weil gegen sie ein Strafbefehl wegen Betruges (unrichtige Angaben im Zusammenhang mit der Beantragung von Ausbildungsförderung) ergangen war. Das OVG NRW hat mit Beschluss vom 29.04.2009 (AZ: 6 B 415/09) entschieden, dass ein bedeutsamer Gesichtspunkt bei der Beurteilung der charakterlichen Eignung für eine angestrebte Beamtenlaufbahn die Verurteilung eines Einstellungsbewerbers wegen einer vorsätzlichen Straftat sein kann, auch wenn die Straftat außerhalb des Dienstes begangen wurde und die Verurteilung wegen des geringen Strafmaßes nicht in das Führungszeugnis eingetragen wird. Laut Urteil ist es nicht ermessensfehlerhaft, wenn die Verwaltungspraxis in solchen Fällen für die Einstellung in das Beamtenverhältnis eine Sperrfrist vorsieht, die üblicherweise drei Jahre ab Rechtskraft der Verurteilung beträgt.

Informationen zum neuen Grippevirus

Das Niedersächsische Landesgesundheitsamt hat auf seiner Homepage eine Sonderseite eingerichtet, die alle wesentlichen Informationen zum Thema „Schweinegrippe“ enthält: www.nlga.niedersachsen.de/master/C55284077_L20_D0_I58_Q0417.html. Für den Kindergarten- und Schulbereich sind spezielle Informationen auf der Seite www.gripeschutz.niedersachsen.de zu finden. Darüber hinaus erhalten schwangere Lehrerinnen detaillierte Informationen unter: www.nibis.de/~auge/seiten/themen/schwang_gru/schwang_start.html.

Hinsichtlich der Impfungen ist geplant, in einer ersten Runde die Beschäftigten des Gesundheitssystems, der Polizei und der Feuerwehr sowie besonders gesundheitlich gefährdete Personen zu impfen. In einer zweiten Impfrunde könnte dann – auf freiwilliger Basis – die Gruppe der Lehrkräfte einbezogen werden; genauere Informationen hat die Ministerin für den Herbst angekündigt.

Generelle Ausnahmen vom Einstellungsstopp

Das Finanzministerium hat für Assistenzkräfte von schwerbehinderten Lehrkräften, für die Einstellung von Krankheitsvertretungen für Schulassistenten/innen und Schulsozialarbeiter/innen sowie für die Einstellung von pädagogischen Mitarbeiter/innen an Grund- und Förderschulen sowie Betreuungskräften an Förderschulen eine generelle Ausnahme vom Einstellungsstopp verfügt. Für diese Personengruppen sind somit weiterhin Einstellungen ohne Einzelgenehmigung des Finanzministeriums möglich.

Geringe Fehlzeiten kein Indikator für Gesundheit der Beschäftigten

Im Juli 2009 stellte die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin eine Untersuchung zum Krankenstand der Beschäftigten vor. Die Erhebung der BAUA ergab für das erste Halbjahr 2009 einen Rekordtiefstand seit Einführung der Krankenstand-Statistik im Jahr 1970. Danach lag der Krankenstand

in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durchschnittlich bei 3,24 Prozent. Die Meldung löste eine rege Diskussion um den Gesundheitszustand der Beschäftigten in Deutschland aus, obwohl sich mit diesen Zahlen keine Ursachenforschung betreiben lässt. Dabei wurde auch das Phänomen des Präsentismus genannt. Als Präsentismus wird ein Verhalten bezeichnet, bei dem Beschäftigte krank zur Arbeit gehen. Folglich können aus dem Rückgang der Fehlzeiten keine Schlüsse auf den tatsächlichen Gesundheitszustand der Beschäftigten gezogen werden. Obwohl es hierzu keine dezidierten Untersuchungen gibt*, kann davon ausgegangen werden, dass auch die im Durchschnitt relativ geringen Fehlzeiten der Lehrkräfte in Niedersachsen ursächlich mit dem Phänomen des Präsentismus zusammenhängen. Die extreme Verdichtung der Arbeit im schulischen Alltag und der ständige Termindruck für zu erledigende Aufgaben führen bei vielen Kolleginnen und Kollegen zu einer permanenten Überbelastung. Aussagen wie: „Jetzt kann ich nicht krank sein. Wer soll denn die Angelegenheiten mit meiner Klasse regeln?“ sind nicht selten. Beschäftigte gehen krank ihrer Arbeit nach, um Mehrarbeit für Kolleginnen und Kollegen zu verhindern.

Besonders häufig gehen Menschen mit chronischen Krankheiten wie Rückenschmerzen und Migräne, Depressionen, Allergien oder Diabetes trotz Beschwerden zur Arbeit, obwohl sie eigentlich zu Hause bleiben sollten. Das kann jedoch mittel- bis langfristig die Gesundheit der Beschäftigten gefährden. Auf Dauer drohen langwierige und chronische Krankheiten.

* Die letzte Krankenstandserhebung an 666 niedersächsischen Schulen erfolgte 2001/2002 und ergab einen durchschnittlichen Krankenstand von 4,78%. Dabei waren erhebliche Unterschiede zwischen den Schulformen wie auch zwischen Schulen der gleichen Schulform festzustellen. Krankenzeiten an Wochenenden und während der Schulferien wurden nicht erhoben. Ein Projekt zur Bearbeitung der Problematik (besonders an Schulen mit hohem Krankenstand) wurde vom SHPR gefordert, vom Kultusministerium jedoch abgelehnt.

220 weitere Ganztagschulen genehmigt

Zum Schuljahr 2009/2010 hat das MK weitere 220 sogenannte Ganztagschulen genehmigt. Damit erhöht sich die Zahl der Schulen, die ein nachmittägliches Betreuungsangebot – größtenteils allerdings ohne die erlasslich vorgesehene Ausstattung mit Lehrkräften – anbieten, auf 881 Schulen.

Anspruch auf ungekürztes Weihnachtsgeld 2007

Nach § 8 Abs. 3 Nr. 1 des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes sollten Beamte im Dezember 2007 eine einmalige Sonderzahlung i. H. v. 860,00 € erhalten. Nach einer neuen Entscheidung des Verwaltungsgerichts Hannover durfte dieser Betrag bei begrenzt dienstfähigen Beamten nicht gekürzt werden. Der Kläger ist Gymnasiallehrer, bei dem im Jahr 2006 begrenzte Dienstfähigkeit mit einer Unterrichtsverpflichtung von 12/23,5 Stunden festgestellt wurde. Das NLBV kürzte dessen Weihnachtsgeld entsprechend dem Teilzeitfaktor und brachte lediglich einen Betrag i. H. v. 439,15 € zur Auszahlung. Es berief sich dabei auf § 6 des Bundesbesoldungsgesetzes, danach werden bei Teilzeitbeschäftigten die Dienstbezüge im gleichen Verhältnis wie die Arbeitszeit gekürzt. Dieser Argumentation ist das Verwaltungsgericht entgegengetreten. Zum einen gehöre das Weihnachtsgeld nach gesetzlicher Definition nicht zu den Dienstbezügen, zum anderen seien begrenzt dienstfähige Beamte gerade nicht zeitweilig tätig, da sie die gesamte ihnen verbliebene Arbeitskraft in das Beschäftigungsverhältnis einbringen. Das NLBV wurde zu einer Nachzahlung i. H. v. 420,85 € verurteilt. (VG Hannover 27.05.2009 - 2 A 1423/08 -)

Veröffentlichung von Klassenarbeiten und Lernkontrollen im Intranet der Schule

Immer häufiger wird das schulische Intranet genutzt, um Tests und Klassenarbeiten zu veröffentlichen und damit auch für andere Lehrkräfte zugänglich zu machen. In dem Zusammenhang taucht dann die Frage auf, welche Urheber- und Nutzungsrechte zu beachten sind. Nach § 2 Abs. 2 des Urhebergesetzes ist ein Werk nur dann urheberrechtlich schutzwürdig, wenn es eine persönlich geistige Schöpfung darstellt. In der Regel dürften Tests und Klausuren aber so gestaltet sein, dass

Aus Rechtsschutz- und Personalratsarbeit

Weitere Informationen sowie die Stellungnahmen des SHPR unter:
www.gew-nds.de/SHPR

Bitte ans „Schwarze Brett“ hängen

sie allgemeinen Lernstoff, der durch Kerncurricula, Lehrbücher etc. vorgegeben ist, bzw. allgemein geltendes wissenschaftliches Gedankengut beinhalten, womit nicht ein Grad der Individualität erreicht wird, der Urheberrechte auslösen würde. Enthalten die Arbeiten jedoch prägende individuelle Merkmale, so stehen die Urheberrechte der Lehrkraft zu, die dieses Werk selbst geschaffen hat. In diesem Fall sollten die Tests und Klassenarbeiten nur dann ins schulische Intranet eingestellt werden, wenn eine Nutzungsgenehmigung der Lehrkraft vorliegt.

Beihilfefähigkeit der Impfung gegen Papillomaviren

Das Verwaltungsgericht Hannover hat mit Urteil vom 30.04.2009 (AZ: 13 A 2460/08) bestätigt, dass die Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs für Mädchen nur bis 17 Jahre als beihilfefähig berücksichtigt werden muss. Die Beihilfefähigkeit beschränke sich gemäß § 10 Abs. 3 BvV auf amtlich empfohlene Schutzimpfungen gemäß der Schutzimpfungsrichtlinie nach § 20 d Abs. 1 SGB V. Demnach wird eine Impfung gegen HPV lediglich für Mädchen im Alter von 12 bis 17 Jahren empfohlen.

Neue Schulbüchern werden vorläufig nicht gutachterlich geprüft

Die neuen Bildungsstandards machten die Einführung kompetenzorientierter Lehrwerke erforderlich. Wegen des Mangels einer ausreichenden Zahl von Gutachtern und um einen damit im Zusammenhang stehenden Antragsstau zu verhindern, verzichtet das MK zurzeit auf eine externe gutachterliche Prüfung der von den Verlagen neu vorgelegten Schulbücher. Die Prüfung findet bis auf Weiteres direkt im NiLS statt. (LT-Drucksache 16/1427)

Weiterhin Ausbildung von Beratungslehrkräften

Auch im kommenden Jahr sollen wieder Beratungslehrkräfte ausgebildet werden. Allerdings ist nicht geplant, die Zahl der 80 Ausbildungsplätze zu erhöhen, obwohl seit dem Jahr 2006 574 Anträge und damit 67 Prozent der Bewerbungen abgelehnt werden mussten. Durch standortbezogene personelle Belastungen der Ausbildung durchführenden Schulpsychologie konnten darüber hinaus nicht überall dort, wo ein entsprechender Bedarf angemeldet wurde, auch Studiengänge eingerichtet werden. Zurzeit sind an 1.228 Schulen 1.550 Beratungslehrkräfte eingesetzt. 1.844 Schulen verfügen nicht über eine entsprechende Unterstützung. Die Versorgung ist je nach Schulform unterschiedlich. So sind 18,8 Prozent der Grundschulen versorgt, 66,2 Prozent der Hauptschulen und 74,9 Prozent der Realschulen. Die Gymnasien verfügen über eine Versorgung von 85,3 Prozent, die berufsbildenden Schulen über 90 Prozent und die Gesamtschulen über 97,3 Prozent. (LT-Drucksache 16/1428)

Abordnung von Lehrkräften an MK und untergeordnete Behörden

Auf Anfrage der LINKEN teilte das MK mit, dass 245 Lehrkräfte ihren Dienst nicht in Schulen versehen, sondern in anderen Landesbehörden tätig sind bzw. dorthin abgeordnet wurden. So sind im Kultusministerium 18 Lehrkräfte tätig, davon 13 mit voller Abordnung. In die Arbeit der Schulinspektion sind insgesamt 71 Lehrkräfte eingebunden, davon 12 abgeordnete Personen. 144 Lehrkräfte sind an die Landesschulbehörde abgeordnet, davon 103 mit voller Abordnung, und an das NiLS gibt es neun Vollabordnungen und 3 Teilabordnungen.

Aufnahme bekenntnisfremder Schüler/innen an Bekenntnisschulen

Die Verordnung über die Aufnahme bekenntnisfremder Schüler/innen in Grundschulen für Schüler/innen gleichen Bekenntnisses ist seit 17.06.2009 geändert worden. Demnach

gestattet wird oder mindestens ein Geschwisterkind den 1. bis 3. Schuljahrgang der Schule besucht.

Geänderte Bestimmungen bei der entgeltlichen Ausleihe von Lernmitteln

Zukünftig haben nicht mehr die Gesamtkonferenzen, sondern die Schulleiter/innen das Sagen über das Ausleihverfahren, die Grundsätze der Ausgestaltung der entgeltlichen Ausleihe sowie der Festsetzung der zu zahlenden Entgelte. Weiterhin einzubeziehen sind Schulleitern- und Schüllerrat. Das schuleigene Girokonto, das die Schule zur Durchführung der Lernmittelausleihe unterhält, darf zukünftig auch für die Abwicklung der Einzahlungen und Auszahlungen der Zuschüsse für die Mittagsverpflegung an Ganztagschulen genutzt werden. Gestrichen sind in der Neufassung des Erlasses auch die Passagen, die Angaben zur Einführung neuer Schulbücher machten. Die Neuregelungen hierzu finden sich in § 35 Abs. 1 Satz 2 NSchG, wonach die Fachkonferenzen über die Einführung von Schulbüchern entscheiden.

Öffentliche berufsbildende Schulen in Niedersachsen

Ergebnisse aus der Erstinspektion 2006 - 2008

Als erste Schulform wurden die berufsbildenden Schulen vollständig inspiziert. Mit Datum vom 13. Mai 2009 liegen jetzt die Ergebnisse der Erstinspektion der berufsbildenden Schulen in Niedersachsen vor. Download des 117 Seiten starken Abschlussberichtes unter: www.mk.niedersachsen.de/master/C51943377_N51944159_L20_D0_I579.html

Der Schulhygieneplan des Niedersächsischen Landesgesundheitsamtes (NLGA):

Das Infektionsschutzgesetzes (IfSG) verpflichtet Schulen und andere Gemeinschaftseinrichtungen zur Festlegung von innerbetrieblichen Verfahrensweisen in Hygieneplänen. Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen durch die Bereitstellung der notwendigen Informationen und eines anwendungsorientierten „Baukastens“: www.nlga.niedersachsen.de/master/C55015395_N55015068_L20_D0_I5800417.html

Verordnung für berufsbildende Schulen ist veröffentlicht

Die Neufassungen der BbS-VO und der EB-BbS 2009 sind jetzt abgeschlossen. Die BbS-VO wurde im Nds. GVBl. veröffentlicht. Außerdem wurden die Texte im Juliheft des SVBl. abgedruckt. Einzusehen auch im Internet unter: www.mk.niedersachsen.de/master/C2138362_N2138334_L20_D0_I579.html

Sonderurlaub bei streikbedingten Problemen der Kinderbetreuung

MI und MF haben keine Bedenken, dass Beamte und Beamtinnen bei streikbedingten Problemen der Kinderbetreuung bis zu drei Tage Sonderurlaub unter Fortzahlung der Bezüge erhalten können. Diese Regelung kann auch auf Tarifbeschäftigte angewandt werden.

Erweitertes Informationsangebot der Landesschulbehörde

Die Landesschulbehörde hat ihr Serviceangebot durch einen öffentlichen Internetauftritt erweitert, der einen schnellen Zugriff auf täglich benötigte Informationen, Unterlagen und Formulare ermöglichen soll. Durch ein umfassendes Stichwortverzeichnis werden Informationen gebündelt. Darüber hi-

naus wird auf eigene sowie externe Angebote verwiesen. Die Seite ist über www.landesschulbehoerde-niedersachsen.de zu erreichen. Der Zugang zum geschützten Bereich erfolgt über das Schul-Login mit den bisherigen Anmeldedaten, die den Schulen vorliegen.

Präventionsportal des Gemeindeunfallverbandes (GUV):

Der GUV hat ein frei zugängliches Präventionsportal auf seiner Homepage bereitgestellt. Dieses Präventionsportal enthält speziell auf Schulen und Kindertageseinrichtungen abgestimmte Inhalte. Das Präventionsportal bietet einen Zugriff auf wichtige Vorschriften und Informationen. Hier stehen neben dem Regelwerk der Unfallversicherungsträger auch staatliche Vorschriften zur Verfügung. Besonders die Möglichkeit, den gesamten Inhalt des Portals nach einzelnen Wörtern oder sogar Wortkombinationen durchsuchen zu können, ist ein großer Vorteil des Portals. Konkrete Arbeitshilfen zu einzelnen Themen runden das Angebot ab: <http://schule.ukni.vur.jedermann.de/index.jsp>

Innerdienstliches Spannungsverhältnis rechtfertigt Abordnung

Das Oberverwaltungsgericht Niedersachsen hat mit Beschluss vom 06.02.2009 (5 – ME 434/08) festgestellt, dass ein innerdienstliches Spannungsverhältnis zwischen einem Schulleiter und einem Großteil des Kollegiums sowie eine starke Belastung des Verhältnisses zum Schulleiternrat einen dienstlichen Grund im Sinne des § 31 Abs. 1 Satz 1 NBG (alte Fassung) für eine Abordnung an die Schulbehörde rechtfertigt.

Fehlender Leistungsvergleich bei dienstlicher Beurteilung

Das Verwaltungsgericht Lüneburg hat mit Beschluss vom 04.02.2009 (1 B 60/80) die folgenden Leitsätze entschieden:

1. Fehlt eine zeitnahe dienstliche Beurteilung für einen der Mitbewerber und ist daher ein Leistungsvergleich i.S.v. Art. 33 Abs. 2 GG nicht möglich, so ist die dennoch getroffene Auswahlentscheidung rechtswidrig.
2. Unter welchen Voraussetzungen ältere Beurteilungen ihre Aussagekraft einbüßen, lässt sich nicht generell, sondern nur unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles beantworten.
3. Je länger allerdings ein Beurteilungszeitraum zurückliegt und je kürzer er ist, desto eher verliert eine Beurteilung die erforderliche Aussagekraft für einen aktuellen Leistungsvergleich.

Niedersachsens Schulen bleiben waffenfrei

Auf Anfrage der Landtagsgrünen teilte die Kultusministerin mit, dass es keinerlei Bestrebungen gäbe, ein Schießsport-Projekt an niedersächsischen Schulen anzubieten oder zu genehmigen. Nach Überzeugung der Landesregierung haben Waffen weder in der Schule noch im Schulsport etwas zu suchen. Schießen gehöre nach dem Runderlass „Grundsätze zum Schulsport“ nicht zu den Lern- und Erfahrungsfeldern des Schulsports in Niedersachsen. Das Kultusministerium geht auch grundsätzlich davon aus, dass die Schulen des Landes waffenfrei sind und dort weder Waffen noch Munition gelagert werden. Ein Schießstand im Kellerraum einer hannoverschen Schule ist dem Ministerium bekannt. Dieser sei allerdings weder durch das Gebäude noch durch das Schulgrundstück erreichbar. (Stenografischer Bericht der Landtagssitzung vom 18.06.2009, Seite 5154)

9. November soll künftig Projekttag an allen Schulen werden

Die Kultusminister der Länder planen, den 9. November zu einem Projekttag für die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte zu machen. Laut KMK biete das Datum 9. November die große Chance, Kontinuitäten und Brüche der Geschichte des 20. Jahrhunderts mit den Schülerinnen und Schülern zu diskutieren. An diesem Tag könnten z. B. auch Gedenkstätten zum Nationalsozialismus oder zur DDR-Geschichte besucht werden bzw. Anregungen zur historischen Spurensuche in Archiven und Museen angeregt werden.

AN DIESER AUSGABE HABEN MITGEWIRKT:

Ulla Holterhus, Cordula Mielke, Karl Otte, Henner Sauerland, Monika Schaarschmidt, Andreas Streubel